Heinz Reif

Adelserneuerung und Adelsreform in Deutschland 1815–1874*

I.

Jeder Versuch, längerfristige Entwicklungen der deutschen wie europäischen Geschichte des 19. Jahrhunderts zu erarbeiten, führt uns zum Phänomen der erfolgreichen Selbstbehauptung des Adels und zu der Frage nach Ursachen, Formen und Folgen dieser beeindruckenden Anpassungsleistung einer jahrhundertealten Führungsschicht an die Bedingungen der sich entwickelnden bürgerlichen Klassengesellschaft. Und jeder, der sich mit diesem Thema schon einmal beschäftigt hat, ist dabei auf den einen oder anderen Plan einer Adelsreform gestoßen. Desto erstaunlicher, daß bisher noch niemand auf den Gedanken gekommen ist, diese Reformpläne einmal im Zusammenhang darzustellen. Die folgenden Ausführungen versuchen, auf der Grundlage einer ersten Sichtung und Auswahl gedruckt vorliegenden Materials einige Grundlinien dieser Reformdiskussion herauszuarbeiten. Wer die Geschichte des deutschen Adels im Umbruch vom 18. zum 19. Jahrhundert erforscht, weiß natürlich auch von der Vielfalt der damals in Deutschland anzutreffenden, regional wie rechtlich sehr unterschiedlichen Adelsgruppen, von der extremen Ungleichzeitigkeit nebeneinander existierender Adelstraditionen und der zentralen Bedeutung des Adelsthemas in fast allen Diskussionszusammenhängen, die sich um gesellschaftliche, staatliche und politische Neuformierung und Neuorientierung bemühten. Deshalb zunächst und vor allem einmal einige Aussagen zu dem, was hier nicht erarbeitet und dargestellt werden konnte. Fast jeder der um 1800 so überaus zahlreichen Versuche einer konservativen Staats- und Gesellschaftslehre, seien es die Konzepte Rehbergs, Adam Müllers oder Stahls, enthält Vorstellungen eines reformierten Adels oder Bilder eines wiederentdeckten „wahren“ alten Adels. Es soll nicht versucht werden, diese Ideen und Konzepte im Zusammenhang darzustellen, zumal einige wichtige neuere Studien hier leicht zugängliche Grundlagen gelegt haben¹. Weder umfassend erforscht noch quel-

* Da mir eine intensivere Überarbeitung des Textes aus zeitlichen Gründen nicht möglich war, habe ich den Referatcharakter weitgehend beibehalten und mich auf wenige Nachweise grundlegender Quellen und Literatur beschränkt.

¹ Siehe vor allem *Christian Meier* und *Werner Conze*, Art.: Adel, Aristokratie, in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, hrsg. v. *Otto Brunner u. a.*, Bd. 1 (Stuttgart 1974) 1–48; *Panajotis Kondylis*, *Konservatismus. Geschichtlicher Gehalt und Untergang* (Stuttgart 1986) v. a. 401 ff.; für Preußen: *Robert Berdahl*, *The Politics of*

lenmäßig leicht zugänglich sind auch die Verfassungsdiskussionen des 19. Jahrhunderts über Einrichtung und Revision der ersten Kammern und Herrenhäuser, deren Analyse Heinz Gollwitzer schon in seinem 1958 erstmals erschienenen Buch über die Standesherren als zentrales Forschungsdesiderat angemahnt hat. Jeder Entwurf einer ersten Kammer formte auch die neue politische Führungsschicht eines Landes, und der Fall, daß jemand bei einer solchen Konzeption den Adel, den traditionellen Stand der Herrschaft, unberücksichtigt gelassen hat, dürfte selten gewesen sein. Diese Oberhaus-Projekte sollen hier nur punktuell, im Rahmen der in diesem Aufsatz gewählten Untersuchungsperspektive, angesprochen werden². Und schließlich gab es im gesamten Zeitraum von 1815 bis 1874 auch einen Adelsdiskurs des Bürgertums, mit deutlich erkennbaren Jahren der Baisse und Hausse, der zumeist allerdings weniger den Adel diskutierte als die Erfahrungen und Hoffnungen des Bürgertums zum Ausdruck brachte. Auch diese Diskussionen sollen in der folgenden Darstellung nur in ausgewählten, zur Beantwortung unserer Fragestellung sinnvollen Fällen berücksichtigt werden. Das Hauptinteresse dieser Untersuchung richtet sich dagegen auf solche Konzepte einer Adelsreform, die dem Adel ein mehr oder weniger kontingentes, stets aber stark ausgearbeitetes, möglichst von der Familie bis zur Politik reichendes Muster der Reaktion auf den Wandel, der Anpassung an die sich ausbildende bürgerliche Gesellschaft boten. Dabei ist es weniger von Belang, ob diese Deutungsmuster und Verhaltensanweisungen (wie in der Mehrzahl der Fälle) von einem Adligen oder (seltener) von einem Bürgerlichen entwickelt wurden, ob sie einer meist wohl auf Adelslegitimation fixierten, reflektierten konservativen Ideologie entsprangen oder sich in einer längeren Phase des Suchens, konkreten Ausprobierens und Auswählens brauchbarer alter und vielversprechender neuer Wege entwickelten. Wichtiger ist die Qualität dieser Konzepte und Konstruktionen künftiger Adelswirklichkeit und ihre erfahrungsnahe und praxisrelevante Ausarbeitung, ihre Fähigkeit, den Adel neu zu legitimieren, ihn zugleich aber auch – auf zahlreichen Ebenen des Alltagshandelns – zu zeitgemäßem adligem Wahrnehmen, Verhalten und bewußtem Handeln anzuleiten. Die auf Vergleich angelegte Frage an die verschiedenen Adelsreformkonzepte und die Adelsgruppen, auf welche sich diese Entwürfe mehr oder weniger stark bezogen, von denen sie – wie noch darzustellen sein wird – auch mehr oder weniger stark rezipiert und realisiert worden sind, lautet dann konkret: Wieviel und welche Veränderungen in Richtung bürgerliche Gesellschaft wurden in diesen Entwürfen akzeptiert oder gar gewollt? Was wollte man an Neuem aufnehmen, was um jeden Preis bewahren? Vor der kurzen Übersicht über die Adelsreformpläne in Deutschland sind allerdings noch einige Grundvorstellungen zu nennen, von denen diese Untersuchung ausgeht, Grundvorstellungen, die vielleicht selbstverständlich sind, vielleicht aber – wie so vieles am Adel des 19. Jahrhunderts – diskussionsbedürftig oder gar kontrovers.

Fortsetzung Fußnote von Seite 203

the Prussian Nobility. The Development of a Conservative Ideology 1770–1848 (Princeton UP 1988); daneben noch immer brauchbar: *Sigmund Neumann*, Die Stufen des preußischen Konservatismus (Berlin 1930).

² Eine detaillierte Untersuchung zur Genese und Wirkung des preußischen Herrenhauses ist von der gerade abgeschlossenen Bielefelder Dissertation *H. Spenkuchs* zu erwarten.

1. Der Adel in Deutschland war – und es sei hier auf alle eigentlich notwendigen Differenzierungen verzichtet – im Übergang zum 19. Jahrhundert keineswegs ein Koloss auf tönernen Füßen, keineswegs langfristig derart geschwächt und – mit Robert Musil zu sprechen – durch ein zur Routine gewordenes Leben nach dem „Prinzip des unzureichenden Grundes“ zermürbt, daß ein einziger kurzer, starker Schlag genügt hätte, dieses Herrschaftsgebilde umzustößen und zu beseitigen. Im Gegenteil: Er war als bevorzogter Gesellschaftsstand des Ancien Régime alltagsweltlich tief in seine Region und sein Territorium eingebunden und als Herrschaftsstand noch vielfältig in Funktion, trotz einer wachsenden, allerdings sehr selektiven Adelskritik, die sich im 18. Jahrhundert überwiegend auf das Hofleben und die Ämtervorzüge des Adels richtete, im 19. Jahrhundert dann – durchaus an Reformkonzepte vorhergehender Jahrhunderte anknüpfend – vor allem die Moralisierung und die stärkere Öffnung des Adels im Sinne des Elitenkreislaufs forderte. Kaum irgendwo anders hatte sich aber das Alter des Adels so stark zum Statuskriterium, welches bedeutsame Lebenschancen monopolisierte, entwickelt, wie im katholischen Deutschland mit seiner Adelskirche und seinen zahlreichen alten Fürsten-, Grafen-, Reichsritter- und Stiftsadelshäusern. Es war nicht leicht, diese „Alterskruste“, auf welcher vielfältige Herrschafts- und Statussicherungsstrategien aufbauten, zu verflüssigen, zumal das Familienalter inzwischen auch für große Teile des Bürgertums eine starke Aura besaß, die auf dem adligen Alterskult mehrerer Jahrhunderte gründete. Alter Adel, Geburtsadel, konnte so, gestärkt auch durch die Geschichtsmythen der Romantik, zum eigenständigen Ausgangspunkt und Kernelement neuer Adelsreformkonzepte werden. Besondere Relevanz für die Adelsreform des 19. Jahrhunderts gewann aber nicht nur diese Altersaura, sondern zugleich auch die Tatsache, daß der alte Adel in Deutschland um 1800, zumal in Preußen, sehr zahlreich war, relativ wenig Grundbesitz besaß, in erheblichem Umfang sein Leben sogar ohne nennenswertes Vermögen bestreiten mußte. Der zahlreiche „verarmte“, gleichwohl auf alte Vorrechte pochende Adel wurde ein Kernproblem der Adelskritik, aber auch vieler Adelsreformpläne des 19. Jahrhunderts.

2. Durch eine dichte Folge von kurzen, harten Erschütterungen sind in den Jahrzehnten um 1800 wichtige Fundamente dieser feudal-ständischen Führungsschicht wie Adelskirche, Reich, manche Territorial- und nicht zuletzt die Grundherrschaft erschüttert und zerstört worden. Mit ihnen zerfielen zentrale Grundlagen adliger Macht und Herrschaft. Die damit einhergehenden, inhaltlich wie zeitlich stark variierenden „Verlusterfahrungen“, die für die eine Adelsgruppe die Qualität des Zusammenbruchs annehmen, für die andere dagegen lediglich die zweite oder dritte Stufe einer über Herrschaftskompromisse voranschreitenden Anpassung an staatliche und gesellschaftliche Modernität bedeuteten, haben zweifellos für die Bereitschaft des Adels zur Reform, vor allem aber für die Neigung je spezifischer Adelsgruppen, eigene Adelsreformkonzepte auszuarbeiten, zu rezipieren und zu realisieren, eine entscheidende Rolle gespielt. Diese Verluste waren aufs Ganze gesehen durchaus gravierend, aber sie dürfen, wie schon betont, nicht allzu kurzschlüssig zu der Vermutung verleiten, dem Adel als Stand seien damit gleichsam alle Wurzeln weggerissen worden. Auf die wirkungsvollen Möglichkeiten der Anpassung und erneuten Statusstabilisierung, die dem Adel wie jeder anderen Führungsschicht im Prozeß beschleunigten Wandels blieben, haben nicht zuletzt

zahlreiche elitentheoretische Überlegungen aufmerksam gemacht. Zwei sehr entgegengesetzte Handlungsmuster, beschrieben in den Elitetheorien Paretos und Schumpeters, mögen hier dazu dienen, die Entwicklungslinien deutscher Adelsreform genauer zu erfassen und vergleichend einzuordnen. Vilfredo Pareto hat zu Anfang unseres Jahrhunderts die Geschichte der menschlichen Gesellschaften als Geschichte der Zirkulation von Eliten beschrieben; die Geschichte, so sein plakatives Resümee, sei „ein Friedhof von Aristokratien“. Unter den von ihm und seinen Schülern unterschiedenen Typen der Zirkulation ist für eine Untersuchung des deutschen Adels derjenige Typus besonders bedeutsam, in welchem sich fähige Einzelne „durch eine unaufhörliche Kreislaufbewegung aus den unteren Schichten erheben, in die oberen Schichten aufsteigen, sich dort entfalten, um dann wieder abzusteigen“³. Eine Blockade solcher Zirkulation, so Pareto, führe langfristig zu revolutionären Situationen; eine kontrollierte Nutzung derselben, so unsere Ergänzung, zu einer Restabilisierung der alten Elite. Joseph Schumpeter hat dagegen auf die vielfältigen Möglichkeiten erfolgreicher Anpassung auch geschlossener (und geschlossen bleibender) traditionaler Eliten, selbst in Zeiten des Umbruchs und beschleunigten Wandels, aufmerksam gemacht⁴. Ein Teil ihrer Funktionen (beim Adel um 1800 z. B. die Kriegerfunktion) bleibe in der Regel erhalten. Und bei der Okkupation neu aufkommender Funktionen besäßen sie einen doppelten Vorsprung: zum einen einen zeitlichen, weil sie als alte Eliten das Neue früh erführen und wahrnehmen, also auch relativ früh reagieren könnten; zum anderen auf Grund einer häufig jahrhundertlang akkumulierten und tradierten „Lebensklugheit“ zur Sicherung des Obenbleibens. Dazu gehören vor allem: besondere Fähigkeiten zur Motivation von Familien- und Standesmitgliedern (z. B. Erziehung zu Verpflichtungsdenken und Opferbereitschaft), strategisches Wissen zur Sicherung von Besitz und sozialem wie symbolischem „Kapital“, nicht zuletzt auch Techniken der Sicherung von Macht und Herrschaft (z. B. Patriarchalismus oder Kultisierung der Standespersion). Auch bei weitgehender Ablehnung der Forderung, sich zum Bürgertum zu öffnen, hatte der altständische Adel, so ließe sich mit Schumpeter argumentieren, im 19. Jahrhundert noch durchaus Chancen, seine Führungsstellung langfristig zu verteidigen. Es wäre falsch, zu erwarten, daß solche „Adelskasten“ von der aufkommenden bürgerlichen Gesellschaft schnell marginalisiert und aufgelöst wurden.

3. In den auf Adelsreform zielenden Diskussionszusammenhängen der Zeit existierten um die Jahrhundertwende vor allem zwei Argumentationstraditionen, die für die Adelsreform des 19. Jahrhunderts strukturierendes Gewicht gewannen: die adelskritische, christliche, später dann auch aufklärerische Konzeption des veredelten, tugendhaften, für Markt wie Staat nützlich-produktiven Adels; und daneben das politisch engere, auf Montesquieu und ein spezifisches Englandbild gegründete Modell des Adels

³ Zitiert nach *Raymond Aron*, V. Pareto, in: *ders.*, Hauptströmungen soziologischen Denkens, Bd. 2 (Köln 1967) 96–175, hier 144.

⁴ Vgl. *Joseph Schumpeter*, Die sozialen Klassen im ethnisch homogenen Milieu, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 57 (1927) 1–67; Schumpeter nennt anschließend an diese Argumente aber auch die Gründe für die notwendige langfristige Einbuße der Führungsstellung, trotz aller Beharrungskraft: die zunehmende „Wesensfremdheit“ der (vom Adel) okkupierten neuen Funktionen und die wachsende „Ersetzbarkeit“ (des Adels) in diesen Aufgabenbereichen.

als „Mittler zwischen Thron und Volk“, zur Verhinderung von Demokratie wie Despotie, von Revolution wie bürokratisch-absolutistischer Untertanengesellschaft. Beide Konzepte ließen sich wirkungsvoll dazu nutzen, die revolutionäre Vorstellung einer Gesellschaft und einer Verfassung ohne Adel abzuwehren und die adlige Führungsposition auch unter den schnell sich ändernden Verhältnissen zu legitimieren und sozial wie politisch neu zu konstituieren. Die inhaltliche Konkretisierung dieser Mittlermetapher durch den Adel konnte aber je nach Interessenlage zwischen zwei deutlich unterscheidbaren Schwerpunkten wählen. Der Adel konnte im Rahmen dieses Deutungsmusters einerseits zum unabhängigen, selbstbewußten Sprecher, später sogar Führer des bürokratisch-absolutistisch oder despotisch unterdrückten Volkes gegenüber dem Thron werden, das heißt für eine durch ständische oder konstitutionell garantierte Freiheiten eingeschränkte, gemäßigte Monarchie eintreten. Er konnte sich aber andererseits in der Tradition des „verstaatlichten“ Funktionsadels als „Bollwerk“ vor dem Thron des legitimen Monarchen, als Vertreter des monarchischen Prinzips gegen das demagogisch verwirrte, auf Volkssouveränität drängende Volk verstehen⁵.

II.

Am Anfang unseres Überblicks über die Adelsreformen soll eine sehr kurzlebige Reformgruppe, die sogenannte „Kette“, stehen. Die „Kette“ wurde 1815 von zahlreichen in Wien weilenden Angehörigen des hohen und niederen Adels als „freundschaftliche Vereinigung“ gegründet⁶. Eine Liste wirklicher und potentieller Mitglieder führt 130 Namen von Adelsfamilien aus ganz Deutschland auf. Das Programm dieser kraß rückwärts gerichteten Adelserneuerung beruhte ideengeschichtlich auf heterogenen, vielfältig addierten Grundvorstellungen. Das Dunkel des gelebten und intensiv erlebten historischen Augenblicks ließ damals offenbar weder Klarheit noch Konsistenz der Gedankenführung zu. Der reichspatriotischen und früh-nationalen Grundstimmung weiter Adelskreise dieser Zeit entstammten die ersten Ziele: Einheit und Gleichheit

⁵ Vgl. hierzu *Heinz Reif*, „Mediator between Throne and People“. The Split in Aristocratic Conservatism in the 19th Century Germany, in: *Bo Stråth* (Hrsg.), *Language and the Construction of Class Identities. The Struggle for Discursive Power in Social Organisation: Scandinavia and Germany after 1800* (Gothenburg 1990) 133–156. Noch eine weitere Bedeutungs differenzierung und -polarisierung innerhalb der politischen Formel des Mittelstandes sei kurz erwähnt: Montesquieu verwendete sie ursprünglich im Sinne einer auf Ausgleich und Stabilität zielenden ständischen Konstruktion des Gleichgewichts zwischen Oben, Mitte und Unten in der Gesellschaft. Mit der Erfahrung beschleunigten Wandels verband sich dann der Gedanke des Ausgleichs – wie nicht zuletzt die vielen Konzepte von ersten Kammern und Oberhäusern zeigen – immer stärker mit der Problematik gesellschaftlicher und politischer Dynamik. Beschleunigter Wandel, so die jetzt stärker polarisierende Sichtweise, sei nur – wie z. B. Wilhelm Heinrich Riehl es nannte – durch ein Gleichgewicht zwischen beharrenden und bewegenden Kräften in Gesellschaft wie Politik sinnvoll zu bewältigen; vgl. *Wilhelm Heinrich Riehl*, *Die bürgerliche Gesellschaft* (Stuttgart 1851); siehe auch *Meier* und *Conze*, Art. Adel, 45.

⁶ Zur „Kette“ siehe vor allem *Horst Conrad*, *Die Kette. Eine Standesvereinigung des Adels auf dem Wiener Kongreß* (Münster 1979); zu den Mitgliedern aus hohem Adel zählten unter anderem Prinz Philip von Hessen, Fürsten und Prinzen zu Wied und Carl von Baden; zum niederen Adel z. B. Joseph v. Laßberg und Werner von Haxthausen.

aller Mitglieder und langfristig des gesamten deutschsprachigen Adels, der sich in Kreisen und Gauen organisieren und regelmäßig versammeln sollte. Die Kette aus gleichen Gliedern wurde zum Symbol eines neuen, einheitlichen, nicht mehr intern hierarchisierten Reichsadels. Weitere Zielsetzungen und Organisationsformen verarbeiteten, wenn auch mit romantischen Assoziationen zu König Artus' Tafelrunde und den mittelalterlichen Ritterorden verbrämt, die Erfahrungen mit der Aufklärungsbewegung und der napoleonischen Herrschaft: Ein kleiner, sorgfältig überprüfter und durch Ballotage ergänzter Kreis von Adligen aus alten Familien sollte die „Reinigung“ von gesinnungsmäßigen Versagern und die „moralische Reformazion“ des verbleibenden Adels organisieren. Der Vorzug an Gesinnung und Kultur, den man zu haben glaubte, sollte den Adel wieder, ganz unabhängig von jeder rechtlich fixierten Vorrangstellung, an die Spitze des Volkes, der deutschen „Nation“ führen. Die Mittel, dies zu erreichen, lieferte wieder die Romantik: Es galt, durch Beschäftigung mit der älteren Geschichte und Literatur, vor allem aber durch Wiederbelebung ritterlichen Brauchtums, den altertümlichen vaterländischen Rittersinn, die ritterliche Bildung zu erneuern⁷. Eine vereinseigene Erziehungsanstalt, „Ritterakademie“ genannt, sollte dazu das Fundament legen. Der alte „teutsche Adel“ müsse so schnell wie möglich wieder „der erste und gebildetste Stand im Staate“ werden, um dann an die Spitze der frühen deutschen Nationalbewegung zu treten. Der letzte Schritt, die Verwandlung der kulturellen Führungsschicht in einen politischen Stand, langfristig durchaus für erreichbar gehalten, wurde dann wieder mit Montesquieu gerechtfertigt: der erneuerte alte Adel als unverzichtbare ständische „Stütze der Freiheit“ gegen die Willkür von Absolutismus und Bürokratie, aber auch gegen die Begehrlichkeit fehlgeleiteter Massen.

Zwar dauerte dieses Experiment nur wenige Jahre, aber es behielt seine Bedeutung als Ausgangspunkt für eine in Kritik und Gegenkritik sich entwickelnde Klärung möglicher Wege der allgemein als notwendig empfundenen Adelsreform. Graf Leopold zu Stolberg, der für die Adelsreform im katholischen Adel Deutschlands langfristig eine kaum zu unterschätzende Bedeutung gewann, sprach in einer ersten kritischen Reaktion im Frühjahr 1816 von einem „Traum aus einer anderen Welt“ und tadelte den Versuch, „in den Mutterleib unserer Ur-Ur-Ur-Ur-Ur-Großmutter zurückzukehren“. Schon Cervantes habe dem Rittertum den Todesstoß versetzt. Die „Lauge des Lächerlichen“ werde sich über die Kette ergießen. Stolberg beklagte andererseits aber auch die desolante Lage des Adels, da „unsere Neider wohl wissen, was sie wollen, unter Hunderten der Unsern aber wohl kaum einer weiß, was wir wollen dürfen und wollen sollen“. Auf der Suche nach einem Ausweg aus diesem Dilemma entwickelte er in der Folge dann die nach seiner Meinung richtigen Ansatzpunkte für eine Adelsreform: Standesreform ja, aber nicht durch Aussortieren unwürdiger Adliger; alle sollten der Standessolidarität und der Standesreform teilhaftig werden. Bildungs- und Gesinnungsreform ja, aber nicht durch Rückwendung zum Mittelalter, sondern auf der Grundlage bürgerlicher Tugenden und Wissensstandards. Seinen Wert, so Stolberg,

⁷ Empfohlen wurde vor allem die Beschäftigung mit der Landesgeschichte und das Sammeln und Bewahren von „Monumenten der Vorzeit“.

nehme der alte Adel her von einer Idee: „Sie beruht, wie alles, was groß ist im Menschen, auf Aufopferung des Geringeren, um das Höhere zu ergreifen. Der Adel muß entsagen jedem kaufmännischen und niedrigen Gewerbe. Drei Bestimmungen wurden ihm gegeben. Veredelter Landbau, dessen ehemals auch Könige sich nicht schämten; Staatsverwaltung; Verteidigung des Vaterlandes.“ Und zum Schluß die Aufforderung: „Halten wir fest an unserem ritterlichen Berufe, so wird das Wesentliche des Rittertums uns bleiben. Die Hülle der Dinge erneuert sich von Zeit zu Zeit. Schlangen häuten sich und der Phönix steigt verjüngt aus der Asche.“⁸ Also: Zusammenrücken, keinen aus altem Adel fallenlassen, die neuen Forderungen des Bürgertums und Verdienstadels erfüllen und übertreffen, mit den eigenen ständischen Leistungspotentialen verknüpfen und in den alten, erneuerten Herrschaftsbereichen zur Anwendung bringen, durchaus im Sinne Montesquieus, als ständisch privilegierter Mittler zwischen Thron und Volk.

Im Adelsideal des „katholischen Edelmanns“ hat dieses Konzept eines reformierten Gesinnungsadels aus alten Familien im 19. Jahrhundert seine Fortsetzung erfahren und erhebliche Wirkung entfaltet. Ausgegangen ist diese Entwicklung vom katholischen Adel Rheinlands und Westfalens. Dieser band sich auf der Grundlage des Stolbergischen Konzepts eng an die Prinzipien altständischer Exklusivität und umfassender innerer Standes-, Verhaltens- und Gesinnungsreform. Im „katholischen Edelmann“ sollten Geburts- und Tugendadel auf neue, zeitgemäße, adelspezifische Weise zur Deckung gebracht werden. Französische Revolution und die bürokratisch-absolutistischen Reformen von oben in Preußen und den Rheinbundstaaten erschienen diesem alten Stiftsadel als Folgen eines maßlos gewordenen Vernunftkults und Machbarkeitswahns. Beide Entwicklungen schienen ihre Wurzeln letztlich in einer ketzerischen Diesseitsverabsolutierung und Gottwerdung des Menschen, in einer Lösung des Adels wie des Volkes von Gott und seiner Kirche zu haben. Damit waren Revolution und Reform auf eine religiöse Problematik zurückgeführt; und auf dieser Ebene hatten infolgedessen auch alle gegenrevolutionären Bemühungen anzusetzen. Die katholische Kirche hatte alle Angriffe der Französischen Revolution abgewehrt; sie schien der einzige Fixpunkt im beschleunigten Wandel und zugleich der sicherste Ort hierarchisch-autoritärer und ständischer Prinzipien zu sein. Aber nun wurden, zumal in Preußen und in Württemberg, auch ihre Rechte, und zwar durch die staatskirchlichen Eingriffe der liberalen Reformbürokratien, die man als kaschierte Revolution erkannt hatte, massiv gefährdet. So wie diese Reformbürokratien dem Adel seine Rechte genommen hatten, so griffen sie nun in die Rechte der „Mutter Kirche“ ein und scheuten dabei nicht vor Gewaltanwendung zurück. Gegen die staatskirchlich-bürokratische Fortsetzung der Revolution konnte im Grunde nur die entschiedene Verteidigung der Kirche und ihrer „Freiheiten“ durch Adel und Volk helfen. Beide waren aber zum Kampf um die Kirchenfreiheit nur dann bereit und fähig, wenn sie zuvor zu ihren ursprünglichen religiösen Bindungen, wahren Werten und standesgemäßen Verhaltensweisen zurückfanden. Religiöse Erneuerung jedes einzelnen, des Adelsstandes, der Geistlichen und des Volkes wurde so zu einem gegenrevolutionären Reformkonzept,

⁸ Zitiert nach *Conrad*, Die Kette, 29 f. und 49–54.

das gleichzeitig die im katholischen Westen besonders stark gefährdete Familien- und Standessolidarität des Adels wiederherstellte und neue Führungsaufgaben in zwei umfassenden Handlungsfeldern der Gesellschaft, der katholischen Laienbewegung und der Protestbewegung der Region gegen die Zentrale, eröffnete. Religiös fundierte Bereitschaft zum Verzicht auf individuelle Erb-, Ehe- und Berufsansprüche, Verpflichtung zu selbstlosem Handeln und ein „Engagement für andere“ (Th. Nipperdey), das von engen Standesinteressen ebenso frei sein sollte wie von ängstlichen Rücksichten auf staatliche Bürokratie und Gunst des Monarchen, wurden zu den Grundzielen dieser Standesreform. Auf dem Fundament erneuerter Gesinnung sollte der in seiner Mehrzahl relativ wenig vermögende katholische Adel im Spannungsviereck von Kirche, Region, Volk und Staat seine Führungsqualitäten als politischer Mittelstand durch neue Leistungen glaubwürdig machen und damit adliges Vorrecht und Verdienst wieder in Einklang bringen. In den wenig integrierten Randlagen Preußens (Westfalen, Rheinland, zum Teil auch Schlesien), aber auch in Württemberg (Oberschwaben), bildete sich um die Defensivgemeinschaft von altem, „veredeltem“ Adel und romtreuer orthodoxer Geistlichkeit als Kern in den folgenden Jahrzehnten eine katholische Volksbewegung, die sich zunächst kritisch gegen den modernisierenden Staat und seine Bürokratie, später dann gegen Liberalismus und Moderne insgesamt richtete und unter dem Leitmotiv „Verteidigung der Kirchenfreiheit“ umfassende Anpassungsschwierigkeiten, Verlusterfahrungen und Kompensationsforderungen der Region gegen die Zentrale artikulierte⁹.

Schritt für Schritt wurde im 19. Jahrhundert das Reformkonzept des „katholischen Edelmanns“ ausgearbeitet, institutionalisiert und nicht zuletzt in landwirtschaftlichen, kirchlichen und karitativen Vereinen auch praktiziert. Es entstand ein Orientierungs- und Verhaltensmuster des Adels, das Innenstabilisierung, Religiosität und politisches Handeln integrierte. Die Einzelheiten können hier nicht dargestellt werden, wohl aber die wichtigsten Stufen der Institutionalisierung. Das Beharren auf sozialer Exklusivität des alten Adels war in diesem Konzept, das Gesinnungsadel und Montesquieuische Mittlerfunktionen miteinander verband, unverzichtbar, begründete und sicherte doch erst die damit sozialisierte Verhaltenshomogenität seinen Erfolg. Seit 1815 betrieben Vertreter des alten katholischen Adels im Rheinland und in Westfalen den Plan, die altständische Adelskorporation in nur wenig modifizierter Weise wieder aufleben zu lassen¹⁰. Die Erneuerung des Adelsstandes sei eine Sache der inneren Reform; äußerlich sollte – mit Unterstützung des Staates – fast alles wieder so werden, wie es einst war. Man dachte an das erneute gesetzliche Verbot nicht-ebenbürtiger Heiraten und bestimmter gewerblicher Berufe für den Adel, an die Wiedereinführung eines eigenen Erb- und Besitzrechtes, vor allem aber an die Wiederzuweisung von Herrschaftsrech-

⁹ Vgl. hierzu meine Studie: *Heinz Reif, Westfälischer Adel 1770–1860. Vom Herrschaftsstand zur regionalen Elite* (Göttingen 1979) 431 ff.

¹⁰ Vgl. zum Folgenden vor allem *Reinhold K. Weitz, Der niederrheinische und westfälische Adel im ersten preußischen Verfassungskampf 1815–1823/24. Die verfassungs- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen des Adelskreises um den Freiherrn vom Stein* (Diss. phil. Bonn 1970) 102 f., 109 f., u. 231 f.; *Reif, Westfälischer Adel*, 195 f., 352 f. u. 549 f.; und *Christof Dipper, Der rheinische Adel zwischen Revolution und Restauration*, in: *Helmuth Feigl u. Willibald Rosner* (Hrsg.), *Adel im Wandel* (Wien 1991) 91–116, hier 102 ff.

ten im Kreis und im Land, allerdings nicht mehr im feudal-ständischen Sinne eines herrschaftsständischen Dualismus, sondern innerhalb des moderneren konservativen Konzepts des „monarchischen Prinzips“. Als der Traum von einer verfassungsrechtlichen Wiedergeburt des alten Adels sich nicht realisieren ließ (der zweite Stand der preußischen Provinziallandtage wurde, von wenigen altständischen „Überhängen“ einmal abgesehen, als frei erreichbare Besitzklasse konzipiert), konzentrierte man sich um so mehr auf die leichter erreichbaren privatrechtlichen Privilegierungen und „Exemtionen“, den Plan einer „Genossenschaft des ritterbürtigen Adels“. Die Genossen sollten den Zugang an Mitgliedern durch Ahnenprobe, die Forderung katholischer Konfession und eines nicht allzu umfangreich angesetzten Minimums an Grundbesitz kontrollieren. Die selbstbewußte Forderung nach einem Zustimmungsrecht zu allen Nobilitierungsmaßnahmen des Monarchen, der nach Meinung dieses Adels nur die „Adelsfähigkeit“ verleihen konnte, ließ sich nicht durchsetzen; aber was „wahrer Adel“ war, bestimmte seit 1837, dem Gründungsjahr der Genossenschaft des rheinischen ritterbürtigen Adels, der alte rheinische Adel wieder allein. Ein Schiedsgericht entzog einen Teil der Konflikte in und zwischen Adelsfamilien (bzw. Adelspersonen) den ordentlichen Gerichten und dem bürgerlichen Recht. Ihren Namen „Autonome“ erhielten die Genossen aber deshalb, weil der König ihnen zur ferneren „Sicherung adligen Stamms und Namens“ die autonome, von geltendem Recht und künftiger staatlicher Rechtssetzung unabhängige Festlegung von Familien- und Hausordnungen erlaubte, die so schon im Ancien Régime praktiziert worden waren: Majorat, Fideikommiß, relativ karge Abfindung der weiterhin selten heiratenden nachgeborenen Söhne und der Töchter; dazu dann: Neueinrichtung eines Damenstifts für die nicht heiratenden Töchter und einer eigenen, privaten Erziehungsanstalt, die modernes Wissen und adlige Gesinnung als Einheit vermittelte. Die Politik der Adelsrestauration in Preußen, die sich nach der 1830er Revolution noch einmal intensivierte, machte im Rheinland gegen den Willen des Landtags und der Mehrheit der Provinzialbeamten 1836 die Rückkehr eines starken Stücks altständischer Gesellschaft möglich, während in Westfalen der gleiche Plan nur an einem kleinen zeitlichen Rückstand scheiterte: Die von Berlin geforderte Stiftung, welche Ausbildung und ein Minimum an standesgemäßer Versorgung der nichterbenden Söhne und Töchter sicherstellen sollte, war von der Regierung zur Nachbesserung noch einmal nach Westfalen zurückgegeben, dort aber noch nicht überarbeitet worden, als 1837 der Kölner Kirchenstreit ausbrach, der den Berliner Behörden schnell zeigte, daß dieser alte Adel im Konfliktfall weniger das monarchische Prinzip als die Freiheit der Kirche verteidigte, also nicht als Bollwerk vor dem Thron, sondern als Sprecher des Kirchenvolks aktiv wurde. Seitdem war es vorbei mit der staatlichen Förderung institutionalisierter altadlig-katholischer Autonomie in Preußen.

Die „Rheinischen Autonomen“ bildeten aber nur die provokative Spitze einer ganzen Welle von ständisch-restaurativen Adelsreunionen der 1830er Jahre¹¹. Der Adel formierte sich neu als gesetzlich privilegierter Stand der Gesellschaft mit dem Ziel po-

¹¹ Siehe hierzu und zum Folgenden *Carl A. v. Drechsel*, Ueber Entwürfe zur Reorganisation des deutschen Adels im 19. Jahrhundert (Ingolstadt 1912) 20 f.

litischer Wiedergeburt. Schon 1835 hatten die Vertreter der „althessischen“ Ritterschaft nach eigenen, im selben Jahr noch vom Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Hessen-Kassel genehmigten Plänen durch einen korporativen Zusammenschluß das Ancien Régime wiederbelebt: Mit eigener Adelsmatrikel (nach welcher der Landesherr die Entscheidungen dieser Ritter über die Qualität eines Adels nur noch im nachhinein bestätigen konnte), mit eigenem alten korporativen Vermögen, dessen Verwaltung den hessischen Adel auch in den kritischen Umbruchjahren zusammengehalten hatte, mit eigener Landstandschaft und eigener Uniform. Voraussetzung für die Mitgliedschaft waren adlige Geburt „zu Schild und Helm“ und ein im Mannesstamm vererbbares Fideikommiß- oder Lehnsgut. In Vorbereitung befand sich ein Kreditverein zur Unterstützung der Mitglieder, vor allem bei Fideikommißgründungen und beim Universitätsstudium der Söhne. Für die nichttheiratenden Töchter gab es ein ritterschaftliches Damenstift.

1837 griff die Reunionsbewegung auch auf den alten katholischen Adel Frankens über. Die Gesinnungsreform folgte hier, wo Monarch und Adel die gleiche Konfession besaßen, stärker als in Rheinland-Westfalen dem Muster des Bollwerks vor dem Thron: Partei ergreifen für den Monarchen; Kampf gegen demokratische Ansichten, Verbreitung richtiger Vorstellungen über den Adel als legitime, „mit besonderen Rechten bevorzugte Klasse“, Wahrung der dem Adel zukommenden Rechte. Dazu dann: bessere Nutzung und Sicherung des Grundvermögens und eine Unterstützungsanstalt für Adelsöhne, deren „angemessene Ausbildung“ für einen „standesgemäßen Lebensberuf“ durch Familienvermögen nicht hinreichend gesichert war. Also auch hier Standesstabilisierung, Wiedergewinn eigener politischer Rechte und, in Ausbildung, Berufslaufbahn und Landwirtschaft: Unter-Sich-Bleiben, Mithalten, Statussicherung, allerdings auch Meidung jeglicher Äußerung von Hochmut und Kastengeist. Ludwig I. mißtraute jedoch diesem Plan einer Adelsreorganisation jenseits und neben der gegebenen Vertretung des landsässigen niederen Adels in der zweiten Kammer und verweigerte letztlich die Zuweisung von Korporationsrechten.

Das umfassendste, am weitesten in die Politik vorstoßende Programm einer Adelsreunion kam aber 1836 aus dem katholischen Schlesien. Ziel war – nach dem Bericht eines liberalen Kritikers über dieses Adelsstatut¹² – die „zeitgemäße Wiedererhebung des Adels“ in seine ihm nur durch „krankhafte Staatstheorien“ entfremdete Vorzugsstellung, zur Beseitigung des dem Staatswohl schädlichen „fortgesetzten Schwankens der politischen Verhältnisse“. Zur Wiederherstellung des „Gleichgewichts von Kräften“ im Sinne Montesquieus müsse der alte Adel wieder „seine natürliche und gesetzliche Stellung an der Spitze des Volkes“ einnehmen. Zu dem extrem weit ausgelegten Handlungsrahmen der hier konzipierten neuen alten Korporation gehörten: Beeinflussung der öffentlichen Meinung, interessengeleitete Geschichtsforschung und Sammlung historischer „Monumente“ zur Geschichte von Adelsverfassung und Adelsfamilien des Landes, Gründung einer Vielzahl neuer, vor allem landwirtschaftli-

¹² *Ludwig Buhl*, Die Herrschaft des Geburts- und Bodenprivilegiums in Preußen (Mannheim 1844) 26–30; auch die folgenden Angaben zu dieser Adelsreunion entstammen dem Text und sind wahrscheinlich ähnlich kritisch ausgewählt; doch ließen sich andere Quellen zu dieser Adelsvereinigung leider nicht auffinden.

cher und kirchlicher Vereine, Beförderung einer längeren Dienstzeit des Gesindes und die Heranbildung einer ergebenen Klientel „jüngerer Landleute mittels verpflichtender Begünstigungen“. Als Mittel der Binnenreform wurden u.a. genannt: Fideikommissionen und Majorate, verstärkter Eintritt der Söhne in geistliche Berufe; Damenstifte, Lebensversicherungen zur Abfindung der Nachgeborenen; Reorganisation des Malteser-Ordens, aber auch: gezielte Übung der Adelsjugend in öffentlichem politischem Auftreten, Wiederbelebung der patriarchalischen Verhältnisse zwischen Grundadel und Bauernstand, Nachweis der Fähigkeit zu „volkstümlicher Führung“ durch Eintritt in Landwehr-Offiziersstellen oder politische Wahl-Ämter, vom Landes-Abgeordneten bis zum Schiedsmann. Diese Auflistung von Maßnahmen einer Restabilisierung altständischer Vorzugslage ließe sich mühelos fortsetzen. Nahezu alles, was der Adel im 19. Jahrhundert zur Sicherung seiner herausgehobenen Stellung, seiner „Extraktion“ als führender Stand der Gesellschaft angewandt hat, wurde hier bereits artikuliert. Der französische Soziologe Pierre Bourdieu wäre beeindruckt über den reflektierten Aufbau „symbolischen Kapitals“, die große Sensibilität für „feine Unterschiede“ in diesem Adel und dessen geschickte Politik der sozial stabilisierenden Defensivallianzen. Hier noch einige weitere Standespflichten: Der „Edelmann“ solle zum „geehrten Mitgliede jedes Vereins“ werden; er möge dort „die patrizischen Tendenzen der nichtadligen Rittergutsbesitzer und der bedeutenden Fabrik- und Handelsherren“ fördern, zugleich aber „gleichweit von stolzer ... Isolierung und herabziehender Fraternität entfernt“ bleiben. In der allgemeinen Öffentlichkeit gehe es um „achtbares adliges Auftreten“ als Individuum und möglichst auch als Korporation. Überhaupt komme es auf „entsprechende Einwirkung auf die äußeren Sinne des Volkes an, durch Kleidung, Pferde, Waffen, Dienerfolge und bürgerliche Wohnung [sic!], durch Adels- und Geschlechtstage“ an Orten, die von der historischen Bedeutung des Adels für das Land künden. Aktivierung des in Jahrhunderten erworbenen kulturellen und symbolischen Kapitals war die Parole, die hier ausgegeben wurde. Und als Grundlage dieses gesteigerten, auf Neulegitimation als politische Führungsschicht zielenden Statuskonsums, zu dem auch die demonstrative Caritas gehörte, war die materielle Grundlage des Adels zu verbessern. Hier empfahl man das Studium der rationellen Land- und Forstwirtschaft, Industrie Gründungen auf den Gütern und die Verbindung des Adels mit wohlhabenden Töchtern des höheren Bürgerstands. Auszumerzen sei demgegenüber alle Verschwendung, die Geld koste, „ohne dem Adel echten Glanz zu geben“ und ihn immer mehr einer patriarchalischen Einfachheit entfremde, in der doch ein großer Teil seiner Lebenskraft ruhe. Soweit dieses besonders elaborierte Konzept des „katholischen Edelmanns“, das natürlich auch im katholischen West- und Südwestdeutschland intensiv gelesen, diskutiert und rezipiert wurde.

Der so durch formelle wie informelle Organisation und differenzierten Aufgabenkatalog ständisch neu gefestigte und abgeschottete „katholische Edelmann“ ging seit dem Ende der dreißiger Jahre – in Westfalen und Rheinland stärker, in Schlesien, Württemberg und Bayern weniger stark – seinen Weg in Distanz zur Krone und ihrer Bürokratie. Die Verteidigung der Kirchenfreiheit und die Hoffnung auf eine neue berufsständisch-hierarchische Gliederung der Gesellschaft führten ihn, bei Ablehnung jedes „Kopfzahlwahlrechts“, in politischen Katholizismus und rechtes Zentrum. Ende

der 1850er Jahre gewann das Edelmänn-Konzept weitere Konturen: Defensivreaktionen auf den Aufschwung der Industrie, das Wiedererstarken von Nationalbewegung und Liberalismus in Deutschland, die Gefährdung des Kirchenstaates und die Angst vor der Bismarckschen Politik nicht-legitimer, gewaltsamer Lösungen entband neue organisatorische Energien. Nach Vorüberlegungen 1858 kam es 1859 zur Gründung eines westfälischen Adelsvereins, der „Vehme“. Aus diesem geheimen Verein entstand 1863, zunächst ebenfalls geheim, seit 1868 aber an die Öffentlichkeit tretend, der Verein katholischer Edelleute Westfalens, 1869 dann der Verein katholischer Edelleute Deutschlands (mit Sitz in Münster), welcher – nun erst auf eine Ahnenprobe verzichtend – jedem katholischen Adligen offenstand. In ihm vereinigten sich vor allem alte katholische Adelsfamilien Westfalens, Rheinlands, Belgiens, Württembergs, Bayerns, Schlesiens und Österreichs¹³. In Selbsthilfe, Selbstreform und genossenschaftlich organisierter Weiterbildung, durch gezielte Fühlungnahme mit den anderen Ständen (auf dem Lande in den Bauernvereinen, in den Städten in wissenschaftlichen, künstlerischen und gemeinnützigen Vereinen), in enger Verbindung mit päpstlichem Hof, Geistlichkeit und katholischer Laienbewegung, durch intensive Presse- und Parlamentsarbeit wollte man, zur Führung berufen, an die „Spitze des katholischen Deutschland“ aufsteigen.

In ähnlichen zeitlichen Expansionsschritten entwickelte sich parallel zum Verein katholischer Edelleute auch die adlige, am Ideal des katholischen Edelmanns ausgerichtete Neugründung des Malteserordens. 1852 hatte Friedrich Wilhelm IV. zur Unterstützung seiner Monarchie gegen künftige revolutionäre Bewegungen den adligen Johanniterorden wieder ins Leben gerufen. 1859 fanden im katholischen Westfalen erste geheime Verhandlungen zur Neugründung des Malteserordens statt, und 1868 trat der „Verein rheinisch-westfälischer Malteser-Devotionsritter“ an die Öffentlichkeit, der bald in allen katholischen Adelsregionen Nachahmung fand und enge Verbindungen zwischen dem deutschen katholischen Adel und dem Hof des Papstes in Rom als einer Art Ersatzmonarchie herstellte¹⁴. Mit der Gründung der „christlichen“, im Grunde aber katholischen Bauernvereine (erstmal 1862 in Westfalen) und mit den Soester Konferenzen (zur Neugründung des „Zentrums“) ging diese letzte Institutionalisierungsphase der katholischen Adelsreform, die in ihrem Kern auf Graf Stolbergs Gedanken zurückging, dann in die allgemeine Organisationsbewegung des katholischen Milieus und des politischen Katholizismus über.

¹³ In Bayern entstand während des Kulturkampfs 1876 mit ähnlicher Programmatik, aber stärker konzentriert auf Binnenreform (Bildung, Unterstützung notleidender Standesgenossen, Grundbesitzsicherung innerhalb der Korporation) eine eigenständige „Genossenschaft katholischer Edelleute in Bayern“.

¹⁴ Hier zuletzt *Christoph Weber*, Papsttum und Adel im 19. Jahrhundert, in: *Les Noblesses Européennes au XIX^e Siècle* (Mailand 1988) 607–657.

III.

Der Freiherr vom Stein formulierte viele Gedanken seiner Adelsreform, die nicht als geschlossenes Konzept überliefert ist, seit 1815 in engem Austausch mit den rheinischen und westfälischen „ritterbürtigen Autonomen“¹⁵. Doch wäre es falsch, aus dieser Konstellation auf gemeinsame Reformgrundsätze zu schließen. Die Nähe eines v. Mirbach, eines v. Nesselrode oder v. Merveldt zu Stein war eher eine räumliche als eine inhaltlich-konzeptionelle. Die späteren rheinischen und westfälischen „Autonomen“ wurden zwar von vom Stein auf die Wichtigkeit von Verfassungsversprechen und Verfassungsberatungen in Preußen und die für die Reorganisation des Adels im Deutschen Bund wichtigen Artikel 13 und 14 der Bundesakte aufmerksam gemacht, auch zur Ausarbeitung eigener Adelsreformpläne angeregt und angeleitet. Stein und sein westfälisches Schloß Cappenberg standen darüber hinaus auch zweifellos im Zentrum des bald einsetzenden regen Austauschs von Konzepten und Argumenten. Ohne Steins Verbindungen nach Berlin, zu Regierungsstellen, zum Staatsrat und zum Kronprinzenkreis wären die Autonomieplanungen auch sicherlich nicht durchzusetzen gewesen. Doch inhaltlich blieben die katholischen Adligen des Adelskreises um Stein, und zwar auf der vom Grafen Stolberg vorgegebenen Linie, stets in deutlicher Distanz zu ihrem Mentor, dessen Adelsreformpläne weder einen abgeschlossenen altständischen Adel mit Ahnenprobe, noch einen in bürgerlich-moralischer oder ständisch-reformreligiöser Diskussion fortentwickelten Gesinnungsadel vom Typ des Tugendadels oder des katholischen Edelmanns kannten.

Steins Adelsreformkonzept läßt sich aus der Fülle seiner Einzelbemerkungen durchaus anschaulich rekonstruieren. Da die Bezugspunkte seines Reformdenkens, Territorien wie Verfassungen, mehrfach wechselten, findet sich zwar bei diesem an praktischer Reformpolitik interessierten Reichsfreiherrn ein „gewisses Schwanken der Anschauungen“ (Botzenhart), z. B. zwischen frühliberalen Zwei-Kammer-Konzepten und altständischen Reformansätzen. Aber gerade in der Diskussion mit den rheinisch-westfälischen Ritterbürtigen werden die fortschrittlicheren Grundsätze Steins mehr als deutlich und bestätigen das Resümee von Weitz, das „geistige Erbe Steins ... [sei] in den Reihen des westdeutschen Adels“ nicht „weitergepflegt“¹⁶ worden. Zu fragen ist allerdings, ob nicht andere deutsche Adelsgruppen und Adelsregionen an diese Steinschen Reformüberlegungen angeknüpft haben. Den festen Kern seiner Gedanken zur Adelsreform hatte Stein schon in seinem Göttinger Studien- und Freundeskreis, vor allem in Gesprächen und Diskussionen mit Rehberg und Brandes gewonnen¹⁷. Der

¹⁵ Dieser Austausch wurde sorgfältig rekonstruiert in der Untersuchung von Weitz, *Der nieder-rheinische und westfälische Adel*.

¹⁶ Ebd., 247; zu den folgenden Ausführungen über Stein ebd., 83–85; 98–105, 193 u. 216 f.; v. Drechsel, *Ueber Entwürfe*, 6–16; Erich Botzenhart, *Adelsideal und Adelsreform bei Stein*, in: *Westfälisches Adelsblatt* 5 (1928) 210–241.

¹⁷ Zu August W. Rehberg vgl. Klaus Epstein, *Die Ursprünge des Konservatismus in Deutschland* (Frankfurt a. M. 1973, 1. Aufl. Princeton UP 1968) 633–687; eine der wohl frühesten, Steins Überlegungen zum Adel sehr nahe kommenden Reflexionen über die Erneuerung des deutschen Adels nach englischem Vorbild findet sich in Justus Möser's Aufsatz von 1785 in der Berliner

englische Adel, das zeigte der Vergleich mit Frankreich und anderen kontinentaleuropäischen Ländern, hatte offensichtlich weder Revolution noch Reform von oben zu befürchten. Vorsichtige, die Besonderheiten der deutschen Situation berücksichtigende Reform des Adels nach dem Vorbild des englischen schien das Gebot der Stunde. Der alte Adel hatte sich von den politischen Aufgaben der Zeit allzu sehr entfernt, war träge, zahlreich und äußerst hochmütig geworden. Die große Zahl armer, nur Ansprüche verteidigender Adliger war aus dem Adel auszuschließen, die kastenartige Absonderung vom Volk zu überwinden, eine kontrollierte Öffnung zum aufstiegswilligen höheren Bürgertum herzustellen. Stein sah, daß die starke parlamentarische Stellung des englischen Adels nur bedingt auf Deutschland übertragbar war und nutzte Montesquieus Mittlerkonzept deshalb zu einer Adelsreform, deren Ziel die Stärkung der souveränen Monarchie, der Adel als „Stolz und Stütze großer Monarchien“ war¹⁸. Eine Restauration altständischer Verhältnisse wurde von ihm ebenso ausgeschlossen wie eine auf aufgeklärter Moralität oder erneuerter Religiosität beruhende Revitalisierung des alten Adels. Auch ein neuer adlig-bürgerlicher Funktions- und Verdienstadel konnte aus seiner Sicht eine solche Stütze nicht sein. Steins Skepsis und Kritik an staatlicher Bürokratie und unselbständiger absolutistischer Beamten-schaft waren tief in den altständischen Erfahrungen des Reichsfreiherrn gegründet. Nur der große, grundbesitzende Adel, das „corpus der großen Landeigentümer“, konnte Substrat und Ausgangspunkt eines erneuerten Adels sein. Vom Dienstadel-Glanz des höheren Beamten ohne Grundbesitz hielt Stein ebenso wenig wie vom Glanz des neuen Geldreichtums. Dem einen fehlten Unabhängigkeit und Kontinuität sichernde, historisch gegründete ständische Lebenswelt, dem anderen – wegen der partikularen Ziele seines Erwerbsstrebens – die Fähigkeit, sich mit dem übergeordneten Staatsinteresse dauerhaft zu identifizieren. Stein projektierte den reformierten Adel als genuin politischen Stand und konzipierte ihm dazu eine eigene ethische Grundlage. Umfassender Grundbesitz, wie der adlige Familienname durch Generationen fortgeerbt, verleihe seinem Besitzer praktische Kenntnisse, Unabhängigkeit, Stabilität der Lebensperspektive und Würde, binde Grundadel und Staat (wie Monarchie) eng zusammen, führe gleichsam von selbst zur Teilnahme am politischen Leben und begründe letztlich auch die staatstragende Bereitschaft, „Gut und Leben dem Staat zu opfern“. Ein rein dinglich oder sachlich-funktional konstituierter Adel konnte solches in seinen Augen niemals gewährleisten.

Stein befürwortete für die großen Güter die Wiedereinführung der Fideikomnisse. Sein Ideal war ein mächtiges, erneuertes Reich, später ein starkes Preußen, mit einem neuen, wenig zahlreichen, politikfähigen und tatkräftigen Adel, einem leistungsfähigen

Fortsetzung Fußnote von Seite 215

Monatsschrift: „Warum bildet sich der deutsche Adel nicht nach dem englischen?“; auch Möser akzentuierte den Adel als politischen Stand und unterschied, die Gefahr eines zu zahlreichen Adels vor Augen, nach englischem Vorbild zwischen Adel und Adelsfähigkeit; vgl. hierzu *Adelheid Bues*, Adelskritik – Adelsreform. Ein Versuch zur Kritik der öffentlichen Meinung in den letzten beiden Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts anhand der politischen Journale und der Äußerungen des Freiherrn vom Stein (Diss. phil. Göttingen 1948) 64–67.

¹⁸ Vgl. hierzu und zum Folgenden die zahlreichen Zitate aus den Briefen Steins bei *Bues*, Adelskritik, 81–117.

gen Oberhaus der großen adligen Grundbesitzer und Familienchefs mit wenigen, aber wirkungsvollen rechtlichen Vorzügen, vor allem persönlicher Standschaft, eigenen Standesgerichten und starken politischen Mitspracherechten. Die Mehrzahl der älteren, inzwischen sinnentleerten Vorrechte des Adels, auch die Steuerfreiheit, sollten fallen zugunsten dieser neuen, gesetzlich gesicherten Vorzugsstellung im politischen Entscheidungsgefüge des Staates.

Aus dieser ethischen und institutionellen Grundlegung des neuen Adels flossen dann die konkreten Maßnahmen zur Adelsreform. Es galt, aus dem Adelskorpus den wuchernden Kleinadel auszuschließen, den noch ökonomisch und sittlich gesunden Kern alten Geschlechter- und Gutsadels einzubringen und für gestufte, mäßige, sorgfältig kontrollierte Ergänzung aus dem Bürgertum, für Zufluß an „Wohlhabenheit und geistigem Leben“ zu sorgen. Stein entwarf den neuen Adel zwar als offenen, durch Verdienst durchaus erreichbaren erblichen Stand; er verwarf Ahnenproben wie bloßen Stammbaumkult; aber er hielt den Zufluß in diesen „ersten Stand des Staates“ doch äußerst begrenzt. Verdienst und mehrfach bewährte „Adelsfähigkeit“ führten schließlich zu einer vom Monarchen und dem Adelskorpus gemeinsam getragenen Erhebung in den Adelsstand. Dieser war also nur über eine lange Folge von Aufstiegsstufen zu erreichen, nur Männer größten gesellschaftlichen Ansehens konnten diesen Zielpunkt erreichen. Von einer Vorstellung des Oberhauses als „Mikrokosmos der Gesellschaft“, als Repräsentation aller Leistungskräfte der sich fortentwickelnden Gesellschaft, wie sie in Oberhaus-Konzeptionen der 1850er Jahre bisweilen auftaucht, war Stein sehr weit entfernt; dazu hätte es der Konstruktion eines wesentlich flüssigeren Elitenkreislaufs bedurft. Staatsdienst in Verwaltung und Militär, bisherige Schwerpunkte aller Nobilitierung, sollten nach Stein aus sich heraus keine rechtlichen Vorzüge mehr begründen können. Der Reichsfreiherr sah in einem zahlreichen Nobilitiertenadel, in zahllosen Dienstadligen in Verwaltungs-, Militär- und Hofdiensten, in einer Masse abhängiger Staatsfunktionäre eine Belastung und Gefährdung des Staates. Diese höheren Stellen des Staatsdienstes sollten vielmehr Orte der Leistungskonkurrenz zwischen entprivilegiertem Kleinadel, nichterbenden Adelssöhnen und Bürgerlichen sein, Ausgangspunkte für den schrittweisen, hochgradig selektiven Aufstieg in den neuen großen Grundadel, „das Ziel des Strebens aller politischen Talente“ sein. Aber nicht nur der Erfolg in Militär und höherem Beamtentum begründete Adelsfähigkeit, sondern alle Tätigkeiten, die sittlich und geistig groß machten und das Gesamtwohl förderten, also auch Tätigkeiten in gesellschaftlichen Bereichen, z.B. als Priester oder im „Lehrstand“, in der Kunst oder in der Wissenschaft, aber nicht – hier dachte Stein ganz ähnlich wie Stolberg – in Gewerbe und Handel, welche keine sittlichen Kräfte zu entbinden vermochten. Verdienst und außergewöhnlicher Erfolg in Staat wie Gesellschaft, Erwerb großen Grundbesitzes oder als Äquivalent die (von Stein allerdings wenig konkret durchkonzipierte) Dotation durch den Monarchen, Nobilitierung und schließlich erfolgreiche Vererbung von Familiengut, Familiensinn und Verdienst, das waren die Steinschen Vorstufen, die eine „Adelsfähigkeit“ soweit potenzierten, daß diese letztlich zur Aufnahme in den Adel als politischen Führungsstand führten. Der Landesherr konnte durch Beförderung, Nobilitierung und Dotation die Adelsfähigkeit zwar steigern. Die Aufnahme in den Adel selbst, und hier blieb

auch bei Stein ein altständisches Element erhalten, konnte nur im Konsens mit der Adelskorporation realisiert werden. Ein solcher Adel, so die Hoffnung Steins, könne dem Staatsleben wieder Würde und Stetigkeit vermitteln, den Monarchen gegen den „neuernden Unternehmungsgeist“ der Zeit sichern, aber auch die Wünsche des Volkes, soweit diese gerechtfertigt wären, selbstbewußt vor den Thron bringen.

Steins Konzept privilegierte die alten, großgrundbesitzenden Adelsfamilien und machte den Aufstieg in den reformierten Gutsadel langfristig und schwierig. Mit dem altständischen Adel der Autonomen, die den Umfang notwendigen Grundvermögens so niedrig ansetzten, daß noch der letzte Krautjunker Korporationsrechte erringen konnte und der acht adlige Ahnen, also eine Adelskontinuität von über vier Generationen, forderte, hatte Steins Reformvorstellung nur wenig gemein. Die Kommentare Steins zu den Adelsrestaurationsplänen der rheinisch-westfälischen Ritterbürtigen geben davon, trotz aller Zurückhaltung des auf praktische Fortschritte drängenden Ex-Ministers, eindrucksvoll Zeugnis.

Ein zweiter großer Entwurf frühliberaler Adelsreform wurde etwa gleichzeitig zur Diskussion im rheinisch-westfälischen Adelskreis um Stein im Bayern des Grafen Montgelas entwickelt und zumindest zeitweise auch realisiert¹⁹. Montgelas ging 1808 ebenfalls von einem zahlenmäßig eng begrenzten, ständisch, vor allem aber politisch privilegierten Majoratsadel des großen, gebundenen Grundbesitzes als Stütze der Monarchie aus; auch er unterschied zwischen Adel und „übrigem“ Adel (also im Grunde nur „Adelsfähigen“) als „Pflanzschule“ des eigentlichen Adels. Englische, aber auch französische Vorbilder (Dotationsadel, Notabeln) standen bei dieser Adelsreform Pate. Das bayerische Majoratsedikt von 1811 folgte, so Walter Demel, „bei allen Kompromissen doch im Kern“ den Reformgrundsätzen, welche Montgelas formuliert hatte. Es zeichnete eine Führungsgruppe des bayerischen Adels als Majoratsadel und damit als wahren Adel Bayerns aus und verlieh diesem neue gerichtliche und politische (geborene Mitglieder der ersten Kammer) Rechte. Wie Stein wollte auch Montgelas den zahlreichen armen, alten wie nobilitierten Adel in den großen Vorhof der Adelsfähigen, zu denen auch große Teile des höheren Bürgertums zählten, zurückschicken. Der Erbadel sollte zwar möglichst erhalten bleiben, aber doch prinzipiell nur insoweit er auch wirklich reich war. Unterschiede zu Steins Konzepten ergaben sich vor allem auf zwei Ebenen: Zum einen wurde Adel bei Montgelas, in Anlehnung an die napoleonische Adelspolitik, wesentlich stärker als bei Stein staatsfunktional definiert, und zwar in sechs Klassen. Die Stützung des Throns rückte auf Kosten der bei Stein noch viel selbständiger fundierten politischen Mittlerfunktionen des reichen Grundadels in den Vordergrund. Zum anderen bewegte die bayerischen Adelsreformer wesentlich stärker als Stein das Problem, wie man im Vorhof der Adelsfähigen, also in den nachfolgenden Adelsklassen, eine erneute Benachteiligung der bürgerlichen Staatsdiener und ihres „Verdienstes“ gegenüber dem alten, ärmeren Adel vermeiden könne. Hier, wo es darum ging, die adligen und bürgerlichen Adelsfähigen zusammenzuführen und durch eigene, geringe Privilegien gesellschaftlich auszuzeichnen

¹⁹ Zur Adelsreform des Grafen Montgelas siehe v. a. *Walter Demel*, Adelsstruktur und Adelspolitik in der ersten Phase des Königreiches Bayern, in: *Eberhard Weis* (Hrsg.), *Reformen im rheinbündischen Deutschland* (München 1984) 213–228, hier 221.

nen, findet man bei Montgelas und seinen Nachfolgern viel differenziertere institutionelle Regelungen als bei Stein, dessen Hauptaugenmerk doch eher der Reinigung des alten Adels, weniger aber dem von ihm, wie gezeigt, nur sehr schmal konzipierten Zufluß aus dem breiten Kreis der Adelsfähigen galt. Bei Montgelas waren die Akzente deutlich gleichgewichtiger auf beide Problembereiche verteilt. Die staatsbezogene Adelsdefinition zielte auf Homogenisierung des Adels (und der Adelsfähigen) der verschiedenen bayerischen Landesteile und auf Einebnung von Adelsunterschieden, die aus dem Ancien Régime stammten²⁰. Zugleich und vor allem antizipierte und strukturierte man aber mit Zivilverdienst- und Max-Joseph-Orden (1808), auch mit der Öffnung von adligen Damenstiften und Kadettenanstalten für bürgerliche Bewerber, den künftigen Adel aus Teilen des alten Adels und des höheren Bürgertums vor. Die französischen Notabeln standen hier Modell. Vor allem das Bildungsbürgertum, aber auch Fabrikherren, Großhändler und Bankiers sollten, ganz im Unterschied zu den Vorstellungen Steins (und erst recht Stolbergs), Adelsfähigkeit erlangen können. Aber in der Realität, und wahrscheinlich auch gewollt, hätte sich der Montgelassche „Transmissionsadel“, die Verstaatlichung der neuen Elite weiter forciierend, vermutlich ganz überwiegend zum breiten Aufstiegskanal der vermögenden gebildeten und beamteten Schichten entwickelt. Schon 1818 wurde diese Reform wieder aufgehoben. Die Reduzierung des Erbadels gelang nicht; seine Entstaatlichung als Herrschaftsstand des Ancien Régime fand ebenso frühe Grenzen wie seine erneute Verstaatlichung als staatlicher Funktionsstand. Andererseits scheiterte aber auch der Versuch des altständischen Adels, als eigener politischer Stand in die Arena der Politik zurückzukehren. Die neue Gruppe der eigentlich nur Adelsfähigen, die Ordensträger und Nobilitierten, gliederte sich als Teilgruppe minderen Rangs in den bestehenden Adel ein.

Es ist beim gegenwärtigen Forschungsstand nicht einfach, etwas über die weitere Rezeption und Fortentwicklung dieser beiden frühliberalen Adelsreformkonzepte auszusagen. Unter der Regierung Friedrich Wilhelms IV. scheiterten mehrere Versuche, das Erbrecht des Adels nach englischem Vorbild zu modifizieren, am Widerstand des altpreußischen Adels²¹. In den 1840er Jahren mag man im Umkreis des „Berliner Politischen Wochenblatts“ (vor allem J. M. von Radowitz), in den 1850er Jahren in den Oberhaus-Konzepten z. B. M. A. v. Bethmann-Hollwegs Auswirkungen Stein-schen oder (weniger wahrscheinlich) Montgelasschen Reformdenkens erkennen²². Doch alles in allem dürften die Adelsreformideen dieser beiden frühliberalen Denker

²⁰ Allein in die Zeit der Regierung Montgelas fallen etwa 200 Nobilitierungen. Seit 1812 konnte der Montgelassche Ordensadel, vom Ritteradel IV. Klasse an, auf einen Sohn übertragen und damit dessen weiterer Aufstieg wirkungsvoll fundiert werden.

²¹ Vgl. *Heinrich v. Treitschke*, *Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert* (Leipzig 1882–1885) Bd. II, 273 f. u. Bd. V, 53 f. u. 255 ff.

²² Radowitz entwarf 1846 den Plan einer neuen Aristokratie, gegründet auf umfassenden Land- oder Stadtbesitz, als Grundlage einer neuen „ständischen Monarchie“; hierzu und zu den Oberhausplänen M. A. v. Bethmann-Hollwegs: *Neumann*, *Stufen*, 55 f. Ein sehr eigenständiges, ebenfalls am englischen Adel orientiertes Reformkonzept entwarf auch Fürst Pückler-Muskau (vgl. hierzu v. *Drechsel*, *Ueber Entwürfe*, 36 f.); ganz ähnlich auch die „englischen“ Reformpläne von Schenk zu Schweinsberg im Jahre 1842 (vgl. *Kondylis*, *Konservativismus*, 402).

und Politiker eher vom Bürgertum aufgenommen und fortentwickelt worden sein. Im Adel, insbesondere im Adel Preußens, wurden dagegen ganz andere Reformideen vorherrschend.

IV.

In den altpreußischen Gebieten gab es, in vielem ganz analog zur „Kette“, zu den rheinischen und westfälischen „Autonomen“ und zum „katholischen Edelmann“, ebenfalls eine starke romantisch-konservative Adelstradition, die sogar – im Unterschied zum relativ entspannten Diskussionsklima im Adelskreis um Stein – in einen offenen Gegensatz zu den liberal-konservativen Reformvorstellungen Steins, erst recht aber zum Anti-Aristokratismus Hardenbergs trat. Namen wie v. d. Marwitz, v. Arnim und v. Gerlach mögen diesen Kreis umreißen, der literarisch recht produktiv war, mit ausgearbeiteten Adelsreformkonzepten dagegen eher geizte. Die Entwicklung der Grundgedanken, die als vorbildlich empfohlenen Verhaltensmuster waren denen der westlichen Adelsprojekte durchaus verwandt. Wir finden, wie bei der Kette, den Rückbezug auf das mittelalterliche Rittertum und, in Auseinandersetzung mit der moralisierenden aufklärerischen Adelskritik, die Aufforderung zu adliger Gesinnungs- und Verhaltensreform. Man forderte, den hausväterlichen Patriarchalismus wiederzubeleben, die persönliche Herrschaft und Vorbildfunktion des Adels auf dem Lande zu erneuern; und zugleich sollte der altständische Adel auch Edelmann, d.h. nützlich und gut werden. Dazu war, wie bei Stein, ein symbolisch aufgeladener Landbesitz angemessener Größe unverzichtbare Voraussetzung. Aber wie in den „besseren Zeiten“ der harmonisierten Welt vor 1789, die aus einer Staffelung von stets relativ autonomen „Häusern“, vom Adels- bis zum Königshaus bestand, entfaltete dieses Land nach den Vorstellungen der adligen Romantiker Altpreußens seine Wirkungen nur, wenn es wirklich adliges Land, also jahrhundertealter, durch Fideikommiß und Majorat gebundener Familienbesitz war. Es scheint so, als hätte man hier, wo die Zahl der verarmten Adligen besonders groß war, den Mangel an ausreichendem schuldenfreien Grundvermögen durch einen forcierten Alterskult auszugleichen gesucht. Der legitime Monarch, der zum Teil noch als Hausvater, zum Teil aber auch als (allerdings noch nicht aufklärerisch und bürokratisch entzauberter) Souverän gedacht wurde, mußte die persönliche Herrschaft des einzig legitimen, durch Alter geheiligten christlich-germanischen, teils altständisch konzipierten, teils funktionsständisch gedachten Adels wiederherstellen, damit dieser Adel – abgeschildert gegen die Sachherrschaft der Bürokratie und des Marktes – seine in Familientradition und Blut gegründeten Qualitäten, die allein gesellschaftliche Stabilität zu sichern, die Monarchie zu stützen und zu schützen vermochten, wieder uneingeschränkt entfalten konnte. Der Adel, zunächst wie im Westen als Zwischengewalt konzipiert, erscheint in dieser Adelsreformbewegung, je später desto mehr, als ein Bollwerk vor dem Thron. Auf Grund der langen funktionsadligen Tradition, auch wegen des im ostelbischen Preußen besonders zahlreichen verarmten Adels, namentlich im Militär, forderte man auch wesentlich unverblümter als in anderen Adelsregionen die aktive, vor allem finanzielle Unterstützung des Monarchen bei der Durchführung der Erneuerung des alten preußischen Adels

ein. Friedrich August von der Marwitz sah den Kernpunkt aller Adelsreform in einer Rückführung des preußischen Adels auf einen reinen Kriegeradel, gegründet auf ein festes, fideikommissarisch gesichertes, im Majorat „verwaltetes“ Familiengut²³. Alle nachgeborenen Söhne sollten den Offiziersberuf ergreifen und in spartanischer Einfachheit allein der soldatischen Ehre leben; die Kinder der nachgeborenen Söhne hatten, falls vorhanden, in den Bürgerstand zurückzutreten. Rigorosität (z. B. Adelsverlust bei Untauglichkeit zum Militärberuf) paarte sich bei Marwitz mit begrenzter Flexibilität: Dem bewährten, im Kampf erfolgreichen bürgerlichen Offizier sollte der Aufstieg in den Adel ermöglicht werden; allerdings mußte der König ihn zuvor mit einem angemessenen Grundbesitz ausstatten. Aber nur dieser, das feudale Kriegerethos bestätigende und festigende Weg sollte dem Bürger als Aufstiegskanal offenstehen; alle anderen Wege zur Nobilitierung wurden dagegen verwehrt und abgeschottet. Es lag völlig auf dieser Anspruchslinie, wenn Achim von Arnim, selbst hochverschuldeter Gutsbesitzer, in einem Adelsreformplan 1827 Friedrich Wilhelm III. aufforderte, dem alten preußischen Adel, den der Vorzug „wackerer tüchtiger Voreltern“ über alle anderen erhebe, mit Übernahme der Schulden von Generation zu Generation und mit umfassenden Dotationen unter die Arme zu greifen²⁴. Denn solle der Adel seinem Beruf, politisch als Mittler, gesellschaftlich als Edelmann gerecht werden, dann müsse der alte Adel reich und mächtig dastehen. Nicht Familienalter *und* großer Grundbesitz, wie bei Stein, begründeten für den Romantiker Arnim den Adel. Hier wurde vielmehr der einzig noch verbliebene Adelsrest, das Familienalter, verklärt und als Restgröße politischen Führungsanspruchs verwertet. Das war der Geist enger, hartnäckiger, stur gesinnungstreuer, dogmatisch-religiöser Adelsrestauration und konservativ-religiös moralisierter Politik, der seit den zwanziger Jahren altpreußische Konservative und rheinisch-westfälische Autonome eng aneinanderband, bevor sich nach 1837 ihre Wege trennten, die einen eine staatsständisch-autoritäre, die anderen eine berufsständisch-autoritäre Verfassungslösung mit starkem Adel anstrebten, beide in ihren Grundeinstellungen felsenfest und in weiterhin großer sozialer Exklusivität.

Natürlich lassen sich in den altpreußischen und ostelbischen Gebieten, wie im Westen, auch flexiblere, sogar provokativ radikale Reformgedanken nachweisen, sei es, daß man die Etablierung eines reinen Verdienstadels (zumeist als Beamtenadel) vorschlug²⁵, sei es, daß man, wie z. B. Ernst v. Bülow-Cummerow 1814 (und danach noch mehrmals), den für Leute wie Marwitz und Arnim provokativen Vorschlag in die Öffentlichkeit brachte, der adlige Großgrundbesitzer möge die modernen Staatsverhält-

²³ Vgl. hierzu *Neumann*. Die Stufen, 49–51; auch beim Romantiker de la Motte-Fouqué findet sich dieser Gedanke des reformierten Adels als eines heroischen „ritterlichen Kriegerstands“.

²⁴ Vgl. hierzu *Jürgen Knaack*, Achim von Arnim – Nicht nur Poet (Darmstadt 1976) 69 f. u. 142–147: „Ideen und Vorschläge zu einer neuen Adelsverfassung. Geschrieben im Sommer 1827“. Zur Zeit der napoleonischen Herrschaft hatte Arnim unter dem Einfluß Steins noch die Abschaffung des alten Adels gefordert und ein Konzept „neuen Rittertums“ aus den Leistungsträgern der verschiedensten Gruppen des Volkes vertreten (ebd., 47).

²⁵ Siehe als Beispiel den Plan des sächsischen Adligen Georg R. v. Gersdorff in der Studie von *Karlbeinz Blaschke*, Hof und Hofgesellschaft im Königreich Sachsen während des 19. Jahrhunderts, in: *Karl Möckl* (Hrsg.), Hof und Hofgesellschaft in den deutschen Staaten im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert (Boppard 1990) 177–207, hier 193–195.

nisse, die Souveränität des Monarchen, die Regierungsbükratie und eine modifizierte, berufsständische Verfassung annehmen und sich, gute Beziehungen zu Monarchie und Regierungsbeamten pflegend, auf die Fortentwicklung und staatliche Absicherung der materiellen Interessen großer Gutswirtschaften konzentrieren. Der Kreis um Leopold v. Gerlach war schockiert über diesen „plumpen Materialismus“ des pommerschen Gutsbesitzers und Finanzexperten.

Typischer und wahrscheinlich auch wirksamer als diese vom bürgerlichen Prinzip der Leistung und der Interessenvertretung ausgehenden Vorschläge zur Adelsreform waren in Ostelbien diejenigen Konzepte, die von der Konservierung und Restabilisierung des alten Adels, insbesondere des relativ armen Adels, ausgingen, Modelle, wie sie v. d. Marwitz, v. Arnim und v. Moltke, 1841 dann – in einer merkwürdig modernen „Außenhaut“ – der preußische Premierleutnant v. Rekowsky in einer Eingabe an Friedrich Wilhelm IV. entwarfen²⁶. Von Moltke sprach sich 1830 in der Nachfolge v. d. Marwitz für ein adliges Militärprivileg und die Umbildung des preußischen Adels zu einem reinen Militäradel aus. Und v. Rekowsky schlug dem König die Gründung einer „Aktiengesellschaft“, die Ansammlung eines Kapitals vor, dessen Zinsen dazu verwandt werden sollten, sämtliche Edelleute des preußischen Staates wieder zu standesgemäßem Wohlstand zurückzuführen, so daß sie ihre Aufgabe, stärkste und sicherste Stütze des Throns zu sein, wieder uneingeschränkt erfüllen könnten. Das Geld wollte er unter anderem zur Verlosung von Renten, zum Ankauf von Grundbesitz, zur Unterstützung bedürftiger Adliger, zur Errichtung von adligen Erziehungsanstalten und als günstige Kredite an verschuldete oder investitionswillige Adlige einsetzen. Der Schwerpunkt der Adelsreformdynamik hatte sich – im Schatten wiedererweckter Solidarität des alten Adels selbst mit dem Geringsten seiner Standesgenossen – von der Steinschen Reduzierung zur Stolbergschen Revitalisierung des alten Adels verlagert, zur Restabilisierung durch gezielte adlige Sozialpolitik. Nach 1848/49 erreichte diese Dynamik auch den Südwesten Deutschlands. Das Modell der rheinischen und westfälischen „Autonomen“ setzte sich durch.

V.

Die im Norden und Osten Deutschlands 1848/49 eher mäßigen, im deutschen Süden dagegen gravierenden Einbußen des Adels an Vermögen und Rechten, die Diskussionen um die nachrevolutionäre Konstituierung der ersten Kammern und Herrenhäuser und das intensivierte Interesse der Monarchen und regierenden Fürsten an der konservativen Stützungsfunktion des Adels gaben wohl die wichtigsten Anstöße für eine altadlige Sammlungs- und Restabilisierungsbewegung, die wenige Jahre nach der Revolution einsetzte und ihren Schwerpunkt, trotz der Neugründung des Johanniterordens und der preußischen Herrenhausdiskussion, eindeutig im deutschen Süden hatte. In Bayern ging die Initiative 1855 vom Innenminister Graf Reigersberg aus²⁷. Er bat nach dem Scheitern der Pläne, die zweite Kammer in einer dem fast durchweg

²⁶ Vgl. *Neumann*, Die Stufen, 32; *Kondylis*, Konservatismus, 402 f.

²⁷ Vgl. zum Folgenden v. *Drechsel*, Ueber Entwürfe, 40–89.

streng konservativen Adel günstigen Form neu zu konstituieren, Max II. um Einrichtung einer Adelskorporation zur Wiederbelebung, Restabilisierung und Homogenisierung des bayerischen Adels als eines politischen, den Glanz des Thrones erhöhenden Standes. Neben den politischen Standesrechten waren auch wichtige familien- und hausrechtliche Stützen der adligen Binnenorganisation in der Revolution gefallen, die Probleme des rheinisch-westfälischen Adels traten mit dreißig Jahren Verspätung nun auch in Bayern auf. Reigersbergs Vorgehen war deshalb auch von den Vorbildern der rheinischen Autonomen wie der hessischen Ritterschaft inspiriert. Er sandte an 61 seiner Standesgenossen, vorwiegend an solche, die noch führend im politischen Leben standen, einen Fragebogen, mit dem sie zu Grundproblemen korporativer Neuorganisation des Adels Stellung nehmen sollten. Zu dem wohl entscheidenden Punkt, dem Kreis der Mitgliedschaft, schloß er vorsorglich die Bitte und Warnung an, möglichst „nicht den des Großbesitzes entbehrenden Adel auszuschließen“. Der alte, aber grundbesitzlose Adel besaß in fast allen Adelskreisen noch immer eine sehr hohe Bedeutung, nicht zuletzt eine Folge von starker Reichstradition und Romantik in Deutschland. Graf Drechsel, der 1912 die Ergebnisse dieser Diskussion zusammenfaßte, vermißte bedauernd eine „gewisse Einheitlichkeit der [damaligen] Bestrebungen“; „eine große Organisation des gesamten Deutschen Adels“ sei 1855/56 (und später) nicht zustande gekommen. Aber ein Ergebnis schien ihm auch für die Zukunft wichtig: Drechsel begrüßte das Scheitern einer damals – trotz Reigersbergs Warnung – intensiv diskutierten Adelsreform nach dem Modell des englischen Adels; denn es wäre nach seiner Meinung ein „verhängnisvoller Fehler gewesen“, hätte man „die Zugehörigkeit zum Adel auf diese immerhin kleine Klasse der Adligen“ mit großem Grundbesitz beschränken wollen. Das hätte „für ungezählte Angehörige guter, alter Familien eine schwere Kränkung“ bedeutet und „deutschem Rechtsempfinden“ kraß widersprochen. Damit war die wichtigste Kontroverse der damaligen Diskussion, zugleich ein seit Stein und Montgelas virulentes Problem der Adelsreform, angesprochen und als entschieden dargestellt: der Ein- oder Ausschluß des zahlreichen grundbesitzlosen, relativ armen Adels von der Bildung des Neuadels.

Weiterhin war damals zu diskutieren und zu entscheiden: die Organisation von hohem und niederem Adel in einer gemeinsamen oder in zwei getrennten Korporationen; vor allem aber Ausschluß oder Aufnahme des persönlichen oder vererbaren Titularadels der vergangenen Jahrzehnte. In dem zuletzt genannten Fall war man sich offenbar weitgehend einig. Der staatliche, grundbesitzlose Verdienstadel, so z.B. der Freiherr von Aufsess, habe dem Adelsstand mehr geschadet als alle Revolutionen. Er sei als „bloßer Titularadel“ *ohne* Dotation, so die Formulierung des Grafen Erbach, aus der Planung ganz herauszuhalten. Einige andere Autoren wollten ihn, wenn überhaupt, als letzte, extrem minderberechtigte Teilgruppe akzeptieren oder in den weiten Vorhof der Adelsfähigen abschieben. Das Montgelassche Projekt einer Verschmelzung von altem Grundadel und neuem Verdienstadel bürgerlicher Herkunft war gescheitert und stand beim alten Adel in schlechter Erinnerung. Ähnlich einheitlich war die Haltung der Antwortenden zum Verhältnis von niederem zu höherem alten Adel; nur ein Entwurf, der des Grafen Erbach, plädierte entschieden dafür, jede „Klasse der Aristokratie“ solle sich selbst genossenschaftlich organisieren. Die anderen Autoren,

auch die aus höherem Adel, sahen eher die Notwendigkeit eines künftigen gemeinsamen Verbandes. Am weitesten drifteten, wie schon angedeutet, die Ansichten beim Kern- und Ausschließungskriterium des Grundbesitzes auseinander. Eine gewichtige Minderheit, Graf Giech, Freiherr v. Guttenberg und Graf Karl Leiningen, präsentierten hier die konsequentesten Modelle, votierten für eine Verschmelzung aller großen adligen wie bürgerlichen Grundbesitzer mit gebundenem, stabilem Besitz. Die Gründung eines Fideikomiß galt z. B. dem Grafen Giech als hinreichender Nachweis eines adelsgemäßen Familiengeistes. Es gehe nicht darum, so Giech, eine „bloße historische Institution“ zu erhalten, sondern eine zur selbständig-unabhängigen Tätigkeit in bestimmter Richtung fähige politische Einrichtung der Zukunft zu gestalten. Nicht das Familienalter, sondern der Grundbesitz wurde hier, wie einst beim Freiherrn vom Stein und zahlreichen anderen, zum Kern der Adelsneubildung. Nur der Erwerb von Grundbesitz konnte alten wie nobilitierten Adel in die Korporation zurück-, den bürgerlichen Aufsteiger zum ersten Mal hineinführen. Leiningen forderte, zum Schutz vor reinem Geldprotzenthum, jenseits des Fideikommiß noch den Erwerb weiterer Weihen, vor allem den persönlichen oder ererbten Adel sowie höhere Bildung. Adel ohne Grundbesitz, gleich ob alt oder erst jüngst verliehen, sollte dagegen – so die Konzepte der dreiköpfigen Minderheit – in den Kreis der Adelsfähigen oder in eine Appendix-Position minderen Rechts zurücktreten. Gebildete bürgerliche Großgrundbesitzer, so Guttenberg, solle man dagegen sogar gezielt für den neuen Stand einwerben; er wünschte zu diesem Zweck für die neue Korporation das Recht, geeignete Personen bindend zur Nobilitierung vorschlagen zu dürfen.

Wie wenig repräsentativ solche flexiblen Reformkonzepte auch für den bayerischen Adel waren, zeigte eine Beratung des Guttembergschen Entwurfs mit unterfränkischen Standesgenossen. Ein Mehrheitsbeschluß strich das Kriterium „höhere Bildung“, erweiterte die Vollmitgliedschaft wieder auf alle Männer von „Adelsstand“ und setzte die Aufnahme von nicht-grundbesitzenden Adligen als außerordentliche Mitglieder durch. Man wollte und konnte offenbar die Solidarität mit dem Kleinadel nicht aufgeben und den alten grundbesitzlosen Adel einfach vor die Tür setzen. Die meisten Autoren behelfen sich in dieser schwierigen Situation mit einer nach Rechten und Stimmfähigkeit gestuften Mitgliedschaft erster, zweiter und dritter Klasse²⁸.

Entschieden die umfassendste Mitgliedschaftskonzeption reichte der Freiherr v. Reitzenstein ein; und mit seinem Entwurf kommen wir zugleich zu unserer zweiten Frage an diese Reformdiskussion, zur Bestimmung von Zielen und Aufgaben der neuen Korporation. Die Mehrheit der Autoren sah die Aufgabe der neuen Adelsbildung in der Erhaltung des Adelsstands und in der Stützung des Monarchen: Verteidigung adliger Rechte gegenüber Landgemeinden wie Zentralregierung, bevorzugte Zulassung zu Hofchargen und Präbenden (Reigersberg) und – als Funktion mit der noch relativ größten Volksnähe – Repräsentation des konservativen Prinzips in den ersten und zweiten Kammern. Diejenigen Autoren, die am englischen Beispiel orientiert waren, formulierten dazu noch Aufgaben, welche stärker die Mittlerfunktion akzentuier-

²⁸ Graf Reigersberg unterschied zum Beispiel: 1. Fideikommißbesitzer; 2. altadlige Grundbesitzer und volljährige Familienmitglieder; 3. andere, wegen *alten Adels oder* großen Geldvermögens Zutrittsberechtigte.

ten, z.B. die Ausweitung des adligen Berufsspektrums und des Heiratskreises, um einer sozialen Isolation der Aristokratie entgegenzuwirken, auch Teilnahme an den Gemeinde- und Landesvertretungen (Giech).

V. Reitzenstein entwarf eine besonders eigenständige Mittlerrolle und zugleich eine extreme Alternative zum englischen Modell. Er beschwor Vereinigung und gezieltes Zusammenwirken *aller* ca. 5000 bayerischen Adligen, den grund- und vermögenslosen Titularadel eingeschlossen. Eine Übertragung englischer Verhältnisse auf Deutschland sei unsinnig, da hier der Adel „verhältnismäßig viel zu gering begütert“ sei. Man könne hier nicht den Grundbesitz zum Kern einer Adelsreorganisation machen. Es sei aber auch unpolitisch, den an Zahl so stark dominierenden Verdienstadel abzuwehren und aus dem Projekt herauszuhalten. Nur ein möglichst zahlreicher Adel könne das Gebot der Stunde erfüllen, nun, da die politischen und auch die meisten sozialen Privilegien gefallen seien, die konservativen Elemente der Landbevölkerung zu fördern, die Liebe des Landvolks zu gewinnen und als Führer des konservativen Landvolks gegen die Demokratie „Stütze in unruhigen Zeiten“, „Bindeglied zwischen Volk und Krone“ zu sein. Wie beim Konzept des katholischen Edelmanns wurde hier, wo die Gesinnung nicht, wie bei Stein und den anderen Englandbefürwortern, aus dem Bodenbesitz abgeleitet werden konnte, die enge und strenge Gesinnungsbildung in einem allerdings sehr weit gezogenen Stand und in ständischen Erziehungsinstitutionen, in adliger Familie und Erziehungsanstalt, als Äquivalent eingesetzt. Reitzenstein wußte, daß er sich mit diesem Teil seines Reformplans im Einklang mit der Mehrheit der Fürsprecher des besitzlosen alten Adels befand, die ebenfalls als ständischen Reichtumsrest die Fähigkeit des Adels zu besonderer Lebensführung und daraus fließender Gesinnung betonten, zur – wie es z.B. der Freiherr v. Leoprechting formulierte – „Einhaltung und Vertretung des streng moralischen Prinzips im Staat“.

In ihrem Kern war die hier geschilderte Offensive des bayerischen Adels nur ein Bemühen um besser organisierte Defensive. Der Hauptteil aller Reformvorschläge richtete sich nämlich – wie etwa gleichzeitig der Versuch einer Wiederbelebung des St. Georgenvereins in Württemberg 1858 – auf eine effektivere Binnenorganisation des Standes. Der Adel, so der Freiherr v. Leoprechting, habe in den letzten Jahren und Jahrzehnten „Riesenschritte nach rückwärts“ gemacht. Wiederaufbauarbeit, innere Standespolitik, ständische Sozialpolitik war das dringendste Desiderat: Der Personen- und Güterstand des alten Adels müsse angesichts des Ausufers der Nobilitierungen erfaßt, sein Grundbesitz durch Entschuldung und im äußersten Fall auch durch Nutzung eines ständischen Vorkaufsrechts (einschließlich eventueller Verlosung) gefährdeter Güter und Unterstützung von Fideikommißgründungen gesichert, seine Fähigkeit zu moderner landwirtschaftlicher Betriebsführung verbessert werden. Kreditkassen, Familien- und Standesstiftungen müßten Kapital für eigene Erziehungsanstalten²⁹, Stipendien für Studium, Berufsausbildung und Abfindungen der nichterbenden Söhne, Kapitalien für Aussteuer, für Präbenden und Damenstifte, nicht zuletzt auch für verarmte Standesgenossen bereitstellen. Schiedsgerichte sollten Standeszusam-

²⁹ Die Erziehung sollte vor allem zu vorbildhafter Christlichkeit, Familien- und Standesbindung und zur Verzichtsbereitschaft in einer Welt führen, die sich zunehmend am Mammon, an Materialismus und individueller Bedürfnismaximierung orientierte.

menhalt, familienkonformes Verhalten, standesgemäße Berufs- und Lebensführung, Standesbewußtsein und -gesinnung erzwingen. Für diese innere Standespolitik gab es seit dem Vormärz im rheinischen, westfälischen, schlesischen, aber auch im preußischen Adel Vorbilder, die nun dankbar rezipiert und weiter ausgearbeitet wurden.

VI.

In der bayerischen Reformdiskussion von 1855/56 wurde ein einheitlicher Adel Bayerns, eine Relativierung und Einebnung der regionalen wie rechtlich-hierarchischen Unterschiede innerhalb des Adels entworfen. Das signalisiert zweifellos eine gewisse Annäherung des hohen wie niederen, protestantischen wie katholischen, altbayerischen wie fränkischen Adels in der nachrevolutionären Situation. Doch war diese Hoffnung wohl doch zu optimistisch. Spätestens 1863/64 wurde mit der Gründung des „Vereins der Deutschen Standesherrn“ offenbar, daß eine solche Einheit von hohem und niederem Adel für Bayern wie für Deutschland Illusion war³⁰. Der hohe Adel bedurfte – trotz ebenfalls erheblicher Verluste an Rechten und Vermögen – sichtlich weniger der inneren Standesstabilisierung als der niedere Adel. Dies wird an der Zielrichtung der standesherrlichen Gründung deutlich: Der Verein richtete seine Aufmerksamkeit von Anfang an auf die Frage der politischen Rechte, Funktionen und Aufgaben der deutschen Standesherrn. Und nach einer kurzen Phase der Diskussion über eine Revision der bisherigen Bundesverfassung ging er schnell mit einem neuen, zukunftsorientierten Konzept in die Offensive. Schon 1848/49 (und danach) war bei einigen Standesherrn, z.B. bei dem Fürsten Ch. Hohenlohe, die Perspektive einer „erneuerten Form der Reichsunmittelbarkeit“, „die Möglichkeit eines politischen Wirkens von größerem Format als es die Einzelstaaten bieten konnten“, ein „in reichspatriotischen Traditionen denkender Nationalismus“ aufgekommen. Mit dem Wiedererstarken der Nationalbewegung Ende der 1850er Jahre und der Erwartung eines neuen Kaiserreichs sahen die Standesherrn für sich die politische Chance, im künftigen Reich, zusammen mit den jetzt noch regierenden Fürsten und Grafen, eine den englischen Herzögen und Pairs entsprechende Oberhaus-Stellung zu gewinnen. Am 18.3.1864 trat unter der Leitung Egons III. v. Fürstenberg die erste Generalversammlung des Vereins zusammen; 78 von 93 standesherrlichen Häusern wurden mit der Zeit von der Organisation und dem Gedanken einer solchen politischen Erneuerung erfaßt, sich unter Okkupation des damaligen Leitmotivs politischer Öffentlichkeit, des Nationalen, mit der Parole vom „nationalen und antibürokratischen Beruf“ der Standesherrn an die Spitze der nationalpatriotischen Bestrebungen zu stellen, und zwar in pointiertem Gegensatz zu den 1806 noch einmal davongekommenen, weiterhin partikularstaatlich orientierten regierenden Fürstenhäusern.

Der Traum der „Kette“, aber auch von Adelsreformern wie Stein oder Pückler von einer volkstümlichen Aristokratie schien nun doch noch wahr zu werden. Nur der Standesherr, verkündete man mit Hinweis auf Artikel 14 der Bundesakte von 1815 in

³⁰ Vgl. hierzu und zum Folgenden *Heinz Gollwitzer*, Die Standesherrn. Die politische und gesellschaftliche Stellung der Mediatisierten 1815–1918 (Göttingen ²1964) 132–138.

eigener Publizistik, sei überall in Deutschland daheim, zumeist stets in mehreren Bundesländern begütert. Nur er sei der „einzige wirkliche Repräsentant der Einheit“. Nach dem Ende des Deutschen Bundes, auf der Suche nach neuer Legitimität, gewann diese Deutung für die Standesherren selbst zunehmend an Plausibilität. Gegen den altpreußischen Adelspartikularismus (und gegen die aufkommende Vorstellung von einer nationalen Aufgabe des preußischen Militärs) gerichtet, organisierten sich viele schlesische und südwestdeutsche Standesherren, Bismarcks nationale Vision unterstützend, in der *gouvernementalen* Freikonservativen Partei, die sich später Reichspartei nannte. Die bekannten selbstkritisch-liberalen Reflexionen und Aufforderungen Baumgartens an den Adel³¹ gingen – in deutlicher Wendung gegen das vom kleinen altständischen Landadel dominierte und verengte Preußische Herrenhaus – fast wortwörtlich auf Argumente der nationalen Vision des Vereins Deutscher Standesherren ein. Es ist allerdings sehr zu bezweifeln, ob die kleine Gruppe der deutschen Standesherren zu dieser Zeit noch die innere Homogenität und Energie besessen hätte, eine solche Aufgabe zu übernehmen, eventuell sogar Ansatzpunkt für eine konservativ-liberale Volkspartei nach englischem Muster zu werden.

Die preußisch-deutsche Reichsgründung von oben hat eine Oberhaus-Lösung für das Reich nicht zugelassen, obwohl sich gerade der Verein deutscher Standesherren stark dafür einsetzte. Das Modell einer deutschen Pairie, eines reichen, großgrundbesitzenden, politischen Adels, scheiterte ebenso wie die Pläne eines einheitlichen (hohen wie niederen) Adels des gesamten Deutschland. Auch dies gehört zur Geschichte der „Zeit der Entscheidungen“ (Nipperdey) zwischen 1849 und 1871. Letztlich blieb in Preußen-Deutschland der zahlreiche niedere Adel mit und ohne Grundbesitz der Gewinner der Reichsgründung. Es ist deshalb angemessen, unseren Überblick mit einem Reformmodell dieses Adels abzuschließen: 1874 entstand in Berlin die Deutsche Adelsgenossenschaft³². Hier ging es, jetzt, wo der kleine Adel militärisch und national neu legitimiert war, um die Restabilisierung und Rettung der schwächeren Teile des kleinen Land- und Militäradels für eine künftig zweifellos bessere Adelszukunft. Die ursprüngliche Forderung eines Mindestquantums an Grundvermögen wurde „schon bald wieder fallengelassen“. Das Programm der Genossenschaft setzte auf das, was dieser Adel noch hatte: Alter und christliche, ständische, monarchische Gesinnung. Die Hauptziele der Genossenschaft – sie erhielt 1883 Korporationsrechte und zählte 1912 ca. 2300 Mitglieder vorwiegend altpreußischen Adels – lauteten: Erhaltung des Grundbesitzes aller Adelsgenossen, Verbreitung strenger sittlicher Grundsätze (vor allem durch das neugegründete „Deutsche Adelsblatt“) und innere Sozialpolitik (bis hin zum Stellennachweis für unverheiratete, mittellose adlige Damen). Eine Einrichtung zur Vermittlung zwischen Thron und Volk war diese Genossenschaft nicht. Sie war vielmehr, ganz in der Tradition des altpreußischen Adels, ein zwar schwach gewordenes, aber in seiner Defensivlage schroffer denn je zur Tat entschiedenes menschliches Bollwerk vor einem schon bald wieder ins Schwanken geratenden Thron.

³¹ Vgl. *Hermann Baumgarten*, *Der deutsche Liberalismus*, hrsg. u. eingel. v. *Adolf M. Birke* (Frankfurt a. M. 1974) 42–47.

³² Vgl. hierzu v. *Drechsel*, *Ueber Entwürfe*, 85–89.

VII.

Aus den hier vorgestellten Entwicklungslinien einer Adelsreform lassen sich für die Geschichte des Adels und der Beziehungen zwischen Adel und Bürgertum in Deutschland – mit allem Vorbehalt, der sich aus diesen nur vorläufigen Ergebnissen ergibt – einige wichtige Schlußfolgerungen ableiten. Sie seien hier als Resümee in Thesenform vorgestellt:

Adelsreform war seit dem Ende des 18. Jahrhunderts ein im deutschen Adel permanent diskutiertes Problem. Diese Reformdiskussionen besaßen zwar ausgeprägte räumliche und zeitliche Schwerpunkte, wurden aber schnell in ganz Deutschland bekannt, lassen sich vermutlich, bei weiterer Forschung, auf Kommunikationsstrukturen, die den Adel in Deutschland insgesamt umfaßten, zurückführen.

Durch die Angriffe des aufklärerischen Bürgertums und des modernisierenden bürokratischen Staates gewann der Adel zwar ein neues Bewußtsein seiner Einheit. Es gelang den Adelsreformern, z.B. mit dem Konzept des „katholischen Edelmannes“, auch durchaus, die regionalen Traditionen des Adels zu überwinden und länderübergreifende Orientierungen durchzusetzen. Es gab einige den Weg des Adels ins 19. Jahrhundert begleitende gemeinsame Vorstellungen, z.B. den Adel als Mittler zwischen Thron und Volk, als Stütze der legitimen Monarchie, als konservatives Prinzip im beschleunigten Wandel. Aber man war nicht in der Lage, einen Konsens über das Bild, die Konstitutionsbedingungen und Ziele wie Aufgaben des Adels als erneuerter politischer Stand des 19. Jahrhunderts zu erarbeiten und durchzusetzen. Die weiterhin rechtlich abgesicherte Hierarchisierung in hohen und niederen Adel, aber auch die Unterschiede der Konfession, der territorialen Tradition und der Agrarstrukturen ließen sich durch Kommunikation allein nicht überwinden. Es fehlte in Deutschland die starke politische Zentrale mit „glänzendem“, hochangesehenem Oberhaus, welche den Adel des gesamten Landes integrierte.

Das Konzept einer Neubildung des Adels nach englischem Vorbild, als mehr oder weniger offene Elite, hatte in Deutschland nur einige Jahre, zu Anfang des 19. Jahrhunderts, eine gewisse Konjunktur. Die Vorstellung einer offenen nobilitas minor fand aber schon damals im alten, niederen Adel nur wenig Resonanz, ganz gleich, ob der Landesherr (wie in Preußen) schon früh wieder eine Adelsrestauration betrieb oder nicht. Das englische Modell scheiterte selbst in der äußerst vorsichtigen Variante des Freiherren vom Stein. Thomas Nipperdey bezog sich wohl auf diesen Sachverhalt, als er feststellte, eine eigentliche Adelsreformbewegung habe es schon kurz nach 1815 in Deutschland nicht mehr gegeben. Der deutsche Adel war, von wenigen, auch später immer wieder einmal auftauchenden Ausnahmepersönlichkeiten abgesehen, nicht bereit, die politische und gesellschaftliche Macht mit dem Bürgertum zu teilen. Adelsreform wurde schon seit den 1820er Jahren dominant nur noch als Selbstreform des Adels, und zwar unter Ausschluß des nobilitierten Adels, betrieben. Nicht Paretos Überlegungen zum Elitenkreislauf, sondern die Erläuterungen Schumpeters zu den Möglichkeiten der Statussicherung alter Machteliten liefern die angemessene Erklärung dessen, was die Adelsreform in Deutschland betrieb: Gesinnungsreform, Sicherung des gesamten alten Adels durch ständi-

sche Sozialpolitik und selektive Übernahme wie Inkorporation bürgerlicher Handlungsmuster und Orientierungen.

Der Adel in Deutschland, soweit er sich an den Adelsreformdiskussionen aktiv beteiligte, gründete seine korporative, politische und soziale Wiedergeburt auf eigene Identitätsressourcen, auf die Überzeugung einer fundamentalen Ungleichheit unterschiedlicher Menschengruppen, auf das Alter der Familie und deren Landbesitz, auf die jahrhundertelange Bewährung in Herrschaft und Repräsentation, auf adlige Person- und Gesinnungsqualitäten. Er setzte auf die „Stärke“ dieser *nicht* generalisierbaren Qualitäten, gerade auch beim verarmten Adel, und entschied sich gegen alle Angebote des höheren Bürgertums zur offenen Elitenbildung für ein starkes „Rückzugsgefecht“, das – es sei hier ergänzend angemerkt – gesellschaftlich kostenreich war, weil er sich dabei durch vielfältige Defensivbündnisse mit anderen Gesellschaftsgruppen abstützte, vor allem das Land gegen Stadt und Industrie, die Kirchen gegen Liberalismus und Säkularisierungsbewegungen mobilisierte.

Die „Adelsreformer“, und mit ihnen wohl der überwiegende Teil des Adels in Deutschland, haben ihre ständische Solidarität mit dem schon weit abgesunkenen landlosen, alten Adel nicht aufgegeben. Gestützt auf den Glanz des zahlreichen deutschen Hochadels, auf die Mythen der Romantik, auf Alterskult und Gesinnungsreform erlebte so der Kleinadel im 19. Jahrhundert eine Erfolgsgeschichte, die um 1800 kaum vorstellbar erschien. Die Verluste an politischer Herrschaft wurden in repräsentativen Bereichen (Hof-, Militär- und Verwaltungsämter) kompensiert; bürgerliche Standards, soweit den eigenen Zielen dienstbar, in den altadligen Verhaltenskanon eingefügt. Die Vorschläge des liberalen Bürgertums vor 1848, der Adel möge sich als Bürger mit Landbesitz und Bildung erkennen (Langewiesche), fanden bei den „Adelsreformern“ ebensowenig Widerhall wie die viel flexibleren Kompromißangebote zur adlig-bürgerlichen Arbeitsteilung (z. B. Baumgarten) und einer „verjüngten“ regierenden Klasse mit dem Adel als Kernbestand (z. B. Schaeffle, Stahl und Treitschke), welche die Nobilitierten wie viele Bürgerliche – auf Grund gemeinsamer adlig-bürgerlicher Zuwendung zur nationalen Aufgabe und gleichzeitiger Distanzierung gegenüber den kleinbürgerlichen und proletarischen Schichten – an den alten Adel richteten. Im Gegenteil; die offenen Konflikte zwischen Adel und Bürgertum wurden angesichts der neuen Spannungslinie zu den unteren Schichten seit den 1850er Jahren zwar immer seltener; aber zugleich gibt es deutliche Anzeichen (z. B. erneuerte adlige Traditionspflege, Gründung von Familienverbänden, intensivierte Diffamierung von Mißheiraten) dafür, daß unterhalb dieses Friedensschleiers die gesellschaftliche Distanzierung und Abschottung zwischen Adel und Bürgertum (wie Nobilitierten) groß blieb und weiter voranschritt. Diese Distanz erreichte ihr Maximum bei der „bloßen Industrie“ und beim „bloßen Geldreichtum“; sie blieb etwas geringer beim vermögenden Bildungsbürgertum; sie wirkte aber auch beim Nobilitiertenadel, den man weitgehend auf seine Herkunftsgruppe, das gebildete, beamtete oder vermögende Bürgertum, zurückverwies.

Der gutsitzende, vermögende Adel in Deutschland kam nicht aus seiner Defensive heraus; in seinem Innern stark von der Standessolidarität mit dem kleinen Adel bestimmt, von der Zentrale wenig zur politischen Mitarbeit aufgefordert und gefor-

dert, gewann er zum Konzept der „unsichtbaren“, sukzessiven Ergänzung durch ein leistungsfähiges Bürgertum kein Vertrauen und verpaßte die mehrmals sich bietende Gelegenheit, in entspannter, souveräner Nähe zum konkurrierenden Bürgertum und zum Volk, zu Monarchie und Parlament die gesellschaftliche Entwicklung als Vertreter des konservativen Prinzips „von der Spitze aus“ mitzubestimmen. Das Scheitern der zu Beginn des 19. Jahrhunderts entworfenen Adelsreformen eines Stein oder Montgelas ist mit zu bedenken, wenn man die Ursachen für die im internationalen Vergleich außerordentlich große Fraktionierung und Zersplitterung der Oberschicht des deutschen Kaiserreiches zu ergründen versucht.